Nr. 51. 15. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Mittwoch, den 2. März 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Aus England.

Es wird uns geschrieben:

In England bereitet sich eine Ministerkrisis vor. Nicht eine Ministerkrisis in dem Sinne, daß das Ministerium Salisbury durch die Opposition in seiner Existenz bedroht sei. Die Opposition, d. h. die sogenannte „liberale Partei" ist heute verfahrener und schwächer als am Tage nach ihrer letzten zerschmetternden Wahlniederlage. Und vor der Hand ist auch nicht die mindeste Aussicht, daß sie sich wieder zu siegfähiger Macht erheben werde. Lord Rosebery ist ein stiller Mann geworden und verzweifelt offenbar an der Zukunft seiner Partei — mit deren Gros er auch in vielen Dingen auseinandergeht; und von den übrigen Führern genießt keiner einer allgemein anerkannten Autorität. Die liberale Partei ist eben nicht blos zerfahren, sondern auch zerfallen — nur durch ein loses Band der Tradition und persönlicher Beziehungen noch zusammengehalten. Die paar, zu großen Staatsaktionen aufgebauschten Zufallssiege — denn anders sind sie nichts — bei Ersatzwahlen wollen gar nichts bedeuten. Was der liberalen Partei fehlt und sie zu einer blos sogenannten Partei macht, ist die Abwesenheit eines Programms, das sie von den Konservativen unterschiede. Und das ist ein Mangel, dem, innerhalb des liberalen Bürgerthums, auch niemals wird abgeholfen werden. Der bürgerliche Liberalismus ist in England nicht Sache einer Partei, er ist Gemeingut der Nation geworden. Die Konservativen sind genau so liberal wie die, welche sich Liberale nennen. Die nothwendige Folge ist, daß unter der Fahne des Liberalismus keine ernsthaften Parteischlachten mehr geschlagen werden können, und daß die Streitigkeiten zwischen den Politiker-Gruppen, die sich liberal und die sich konservativ nennen, des prinzipiellen Charakters vollständig entbehren. Das gilt nicht blos von der inneren, das gilt auch von der äußeren Politik. Durch Lord Salisbury, dem einstigen Vertrauensmann Disraeli's, der aber ganz in das manchesterliche Fahrwasser des Friedens um jeden Preis gerathen ist, sind die Gegensätze auf dem Gebiete der äußeren Politik ganz verwischt, und die Parteigrenzen ganz verschoben worden. Der liberale Lord Rosebery hat z. B. in bezug auf die Rußland gegenüber zu befolgende Taktik Anschauungen, die denen Disraeli's weit mehr entsprechen, als die Politik Salisbury's dies bis jetzt gethan hat. Und, wir können hinzufügen: je thun wird. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß die Tage Lord Salisbury's als Leiter der auswärtigen Politik Englands gezählt sind. Und das ist die Ministerkrise, um die es sich handelt. Nicht eine Ministerkrise, die das Ministerium stürzen wird, sondern eine Ministerkrise innerhalb des Ministeriums. Gerüchte, daß Lord Salisbury amtsmüde sei, gehen seit Monaten durch die Presse. Bald heißt es, er wolle ganz zurücktreten, bald er wolle Kabinetschef bleiben und nur das Ministerium oder die Sekretärschaft des Aeußern aufgeben. Lord Salisbury ist fast ein Siebziger und kränklich; an Amt und Würden hat ihm niemals etwas gelegen. Kolossal reich, in der Gelehrtenrepublik hochangesehen hat er für die Herrlichkeiten und das Schaugepränge der politischen Macht nur zynischen Spott. Also er ist kein „Kleber", und hat wiederholt den Wunsch ausgesprochen, in das Privatleben zurückzukehren. Indeß vom Wunsch zur That ist ein weiter Schritt. Und wie sich nachträglich herausgestellt hat, sind diese Gerüchte — zum theil verbrämt mit recht hämischen Bemerkungen von dem guten Freund und Kollegen Salisbury's, dem Biedermann Chamberlain, in die Presse gebracht worden. Mr. Chamberlain, ebenso talentvoll wie gewissenlos und von brennendem Ehrgeiz verzehrt — von jenem Ehrgeiz, der keinen Anderen neben und nur Werkzeuge unter sich duldet — hat Salisbury's Führerschaft allezeit nur widerwillig anerkannt. Oder eigentlich nie anerkannt, nur der Noth gehorchend sich unterworfen. Er übernahm die Leitung der Kolonialangelegenheiten, weil er hier, bei der riesigen Ausdehnung des britischen Kolonialreiches, einen sehr ausgedehnten Wirkungskreis hatte und mit den übrigen Departements der Regierung wenig in Berührung kam. Wie er in dem, ihm etwas naturverwandten, nur von gröberem Stoff geformten und weniger hochfliegenden Rhodes einen passenden Handlanger fand, und durch die unsaubersten Praktiken: durch schmutzige Geldoperationen, unmenschliche Grausamkeit (wir erinnern nur an die Ausrottung der Matabeles) und hinterlistigen Verrath ein südafrikanisches Kolonialreich für kapitalistische Ausbeutungszwecke zu gründen gesucht hat — das ist in frischem Gedächtniß! Und die Schmach des Jameson'schen Raubzugs nebst der größeren Schmach der an ihn sich knüpfenden parlamentarischen Untersuchungs-Komödie ist wesentlich auf Rechnung des Herrn Chamberlain zu schreiben. Allein Süd-Afrika ist ihm zu klein. Er hat jetzt auch in Zentral-Afrika gemogelt, und sich bemüht, seinem Chef ein Bein zu stellen, indem er einen Konflikt mit Frankreich vom Zaune brach. Zum Glück ist's bei der guten Absicht geblieben. Chamberlain scheiterte dort an den ungeheuren Entfernungen und der Schwierigkeit, ja Unmöglichkeit der Detaildurchführung eines Planes, und das Einzige, was er erreicht hat, war eine Börsenpanik, bei der, wie seinerzeit bei der Börsen-Hausse anläßlich des Jameson'schen Raubzuges, fette Fischzüge im Trüben zu machen waren.

Zur Charakteristik des Mannes und seines jüngsten Manövers sei hier erwähnt, daß derselbe Herr Chamberlain, der in Zentral-Afrika leichten Herzens und lächelnden Auges einen blutigen Konflikt mit Frankreich vorbereitete, bis vor wenigen Jahren ein Bündniß der zwei Westmächte als eine Lebensfrage für England und der Zivilisation betrachtete. Mit Clemenceau befreundet, gewann er diesen für den Gedanken der Loslösung Frankreichs von Rußland und der Erneuerung des französisch-englischen Bündnisses — ein Gedanke, durch dessen Verfechtung der, leider auch vom Panama-Sumpf angezogene „Ministerstürzer" in den Verdacht gerieth, „an England verkauft" zu sein. Nicht als Panamist, nein, als der „an England Verkaufte" („vendu de l'Angleterre") ist dieser weitaus fähigste und au fond auch tüchtigste der bürgerlich-republikanischen Politiker Frankreichs bei den vorigen Wahlen durchgefallen.

Also diesmal hat Herr Chamberlain noch nicht seinen Zweck erreicht. Die zentral-afrikanische Mine ist harmlos verpufft und hat blos dem Urheber geschadet. Dessen Spiel ist jedoch nicht verloren. Die Unzufriedenheit mit der auswärtigen Politik Salisbury's verbreitet sich in immer weitere Kreise. Nachgerade ist es jedem Engländer klar geworden, daß Großbritannien vor einem entscheidenden Wendepunkt steht und entweder das russische halbbarbarische Eroberreich endgiltig niederwerfen oder darauf verzichten muß, eine Weltmacht zu sein. Und schlecht kennt die Engländer, wer da glaubt, sie würden sich zur Politik der Entsagung entschließen und den Kampf auf Leben und Tod fürchten. Weil Lord Salisbury den Kampf hinausschieben will, ist sein Stern in England erblaßt und wird die Unzufriedenheit mit ihm immer allgemeiner. Diese Unzufriedenheit benutzt Chamberlain, um sich in den Vordergrund zu schieben. Zum Glück erfreut er sich geringer Beliebtheit. Und unter den Konservativen hat er sicher mehr Feinde als Freunde. Auch in konservativen Kreisen würde man es gern sehen, wenn Salisbury die auswärtige Politik abgäbe; allein man will nicht, daß der unzuverlässige und unsympathische Chamberlain sein Nachfolger werde. Man denkt eher an Lord Cromer, einen vergleichsweise jungen Politiker von großem Scharfblick und ruhiger Energie. Jedenfalls ist ein baldiger Wechsel zu erwarten. Und im Interesse der zivilisirten Welt ist zu hoffen, daß die Leitung der auswärtigen Politik Englands nicht einem Mann zufalle, der die Abrechnung mit Rußland durch einen Konflikt mit Frankreich vorbereiten will, und der kein Staatsmann ist, sondern ein politischer Abenteurer ohne Grundsätze und ohne ein anderes Ziel, als das der Befriedigung persönlichen Ehrgeizes.

Politische Uebersicht.

Berlin, 1. März.

Aus dem Reichstage. Die Berathung des Etats des Reichs-Eisenbahnamts und damit die Erörterung der Eisenbahnunfälle und sonstigen Mißstände im Eisenbahnwesen wurde heute fortgesetzt. Die Rechte, die gestern durch den Mund des Herrn v. Kardorff verkünden ließ, es widerstehe ihr, eine Debatte über Eisenbahnunfälle in einem Augenblicke anzuschneiden, wo der preußische Eisenbahn-Minister Thielen durch Krankheit am Erscheinen verhindert sei, betheiligte sich heute an den Debatten. Abgeordneter Dr. Hammacher hatte den Herren die Zunge gelöst. Dieser alte Praktikus der Nationalliberalen hat für Handel und Wandel eine feine Nase, er weiß, was im Zeitalter des Verkehrs nothwendig ist und muß die Zurückgebliebenheit in der Entwickelung unserer Eisenbahnen anerkennen. Er forderte das Reichs-Eisenbahnamt energisch auf, das ihm zustehende Recht der Kontrolle in ausgedehntestem Maße zu üben und für ausreichende Bahnhofsanlagen, gute Bahnkörper und einen Betrieb zu sorgen, der in jeder Weise den heutigen gesteigerten Anforderungen entspricht. Hr Rösicke ergänzte die Hammacher'schen Ausführungen durch Anführungen, welche den kolossalen Wagenmangel auf den preußischen Bahnen erwiesen. Abg. Frhr. v. Stumm nahm die preußischen Bahnen in Schutz, auch die Klagen über den Wagenmangel wollte er nicht gelten lassen. Natürlich fehlte der reaktionäre Pferdefuß nicht. Dem König Stumm fahren schon zu viel Leute auf der Eisenbahn, er will einer Steigerung des Personenverkehrs vorbeugen, angeblich damit die Betriebs-

Märzstürme in Deutschland.

In die schwüle, gedrückte Stimmung des vormärzlichen Deutschlands fiel die Kunde von der Revolution in Paris wie ein Blitzschlag. Schon am Abend des 26. Februar 1848 brachte die „Köln. Zeitung" die folgende Mittheilung:

„Revolution in Paris! Die Republik proklamirt!

Der vorgestrige Tag dürfte leicht für Millionen ein verhängnißvoller sein. Die Emeute hat zu Paris am 24. Februar eine ganz unerwartete Wendung genommen, es ist eine Revolution ausgebrochen. Der Kampf hat sich gegen das Königthum gerichtet. Infolge von Ereignissen, über die uns noch die zusammenhängenden Nachrichten fehlen, wurde, nachdem alle Zugeständnisse, zu denen der König sich erboten, zurückgewiesen worden, die Republik proklamirt!"

Die südwestdeutschen Staaten empfingen die aufregende Kunde ebenfalls um den 26. und 27. herum. Mit dem letzten Februartage war sie bis in die fernsten Winkel Deutschlands gedrungen.

In Berlin langten die Nachrichten von der Entthronung Louis Philipp's gerüchtweise am Sonntag Nachmittag (27. Februar) an. Es war ein schöner, sonniger Februartag, als die zahlreichen Spaziergänger, die sich mittags Unter den Linden durcheinander bewegten, von den eben eingegangenen Nachrichten aus Paris getroffen wurden. Man stand in bewegten Gruppen auf der Straße zusammen und besprach mit einer fieberhaften Unruhe, wie man sie an den Berliner Spießbürgern bei politischen Angelegenheiten noch nicht gesehen hatte, den Sturz Louis Philipp's. Einige Stunden später entwickelte sich dann mit erschütternder Gewalt die Nachricht, daß in Frankreich die Republik proklamirt worden, daß eine provisorische Regierung eingesetzt sei, gebildet aus einem Gelehrten, einem berühmten Dichter, aus Journalisten und einem einfachen Arbeiter, und daß mithin ein Weltereigniß eingetreten, welches auch für Berlin und Preußen die folgenreichsten staatlichen Stürme heraufführen mußte.

Das politische Bewußtsein Berlins erwachte. Schon im Februar dachte man in Berlin an eine Berliner Revolution, und wer sich zuerst diesem Glauben hingab, war die Regierung selbst, die sich auf einen Zusammenstoß einrichtete, während die Bevölkerung noch zögernd und unentschlossen den neuen Bewegungen der Zeit folgte. Vorläufig begnügten sich die Weißbier-Philister, denen allerdings auch Studenten, Handwerker und anderes junges Volk beigemischt war, damit, auf den Straßen und in den Lokalen sich von einem Stuhl oder Tisch herab die aufregenden Mittheilungen aus Paris vorlesen zu lassen.

Auch von Kriegsrüstungen hörte man bald. Die Regierung wußte noch nicht, daß die französische provisorische Regierung in der Mehrzahl aus honetten Leuten bestand, die die neugebackene Republik im ehrbaren Geleise bürgerlicher Wohlanständigkeit und Zahlungsfähigkeit erhalten wollten. Man glaubte noch, es seien, wie bei der großen französischen Revolution, jenseits des Rheins Gelüste vorhanden, die Freiheit in die nicht gallische Welt hinauszutragen. Dem Dichter Lamartine, der in Paris das Ministerium des Auswärtigen übernommen hatte, gelang es jedoch bald, die europäischen Potentaten von den absolut friedlichen Absichten der Republik zu überzeugen, und in Preußen mußte man auch die Truppen, die man schon nach dem Rhein dirigiren wollte, bald in der Landeshauptstadt verwenden.

Noch nicht die erste Märzwoche war verstrichen, da begannen die berühmten Volksversammlungen an den „Zelten" im Thiergarten ihren Einfluß auf die Geschichte des Landes bemerkbar zu machen. Es bildeten sich unter freiem Himmel aus Bürgern, Studenten, Handlungsdienern, Handwerkern, Arbeitern ꝛc. Versammlungen, um die Forderungen des Volks aufzustellen und Adressen an den König zu beschließen. Ein zeitgenössischer Schriftsteller schildert die „Zelte" und das politische Leben, das sich dort entfaltete, folgendermaßen: „Die Zelte, ein Hauptvergnügungsort der Berliner Bourgeoisie, bestehen aus einer Reihe an der Spree gelegener Kaffeehäuser, in denen der solide Berliner Bürger mit seiner Familie seine Sonntag-Nachmittage verbringt und sich unter dem Genuß des berühmten Berliner Weißbieres an dem Anhören eines wohlbesetzten Konzerts ergötzt. Vor diesen Zelten dehnt sich ein geräumiger Platz aus, der eine Volksmenge von mehreren Tausenden zu fassen im stande ist, und in dessen Mitte sich eine große Sandsteinfigur erhebt, über deren eigentliche Bedeutung die mythologische Forschungslust der Berliner niemals mit sich einig geworden scheint. Näher am Rande der Thiergarten-Alleen steigt eine große, von Holz gebaute Tribüne empor, von der herab die Berliner Wochenkonzerte ertönen, die hier im Sommer eine Art von Volksfest mit allem, was in Berlin dazu gehört, mit Wurst-, Schnaps- und Semmelkörben, rauchenden Bratpfannen, Zigarrenjungen u. s. w., zusammenzuziehen pflegen. Jene Musikbühne wurde bald die Rednertribüne der an diesem Ort stattfindenden demokratischen Volksversammlungen, welche zum theil auch mit jenen Apparaten der Berliner Volksfeste versehen sein mußten." — Das ist ja spaßig geschildert. Aber bald wuchsen sich diese Versammlungen zu ungeheuren Massenkundgebungen aus, und die Ideen, die das Volk dort zusammengeführt, trieben bald zum blutigen Zusammenstoß mit der Regierung.

Früher noch, als in Berlin, brach der Sturm in den süddeutschen Staaten los. Im Lande Baden strömten am 1. März große Volksmassen zu allen Thoren nach Karlsruhe hinein, um die von verschiedenen badischen Städten ausgehenden „Sturmpetitionen" zu bringen. Das Ständehaus wurde von der Volksmenge umlagert, die Gallerien waren überfüllt, als der Führer der Radikalen, Struve, die Petitionen im Saale überreichte. Der Erfolg war, daß sich die Regierung sofort zur Einführung der Preßfreiheit entschloß und daß auch die übrigen liberalen „Volkswünsche" in wenigen Tagen durchgeführt waren.

Aehnlich ging es in Württemberg und in den meisten mitteldeutschen Staaten. Ueberall fing es gewaltig an zu gähren. In einer Reihe von Städten wurden die alten Waffenarsenale erbrochen, so z. B. in München, wo sich die Bürger aus dem Zeughause mit den dort aufbewahrten mittelalterlichen Spießen, Hellebarden und Morgensternen bewaffneten. Die Rheinlande, die schon einmal französisch gewesen waren, hatten nicht übel Lust, sich von Preußen loszusagen und zu dem republikanischen Frankreich überzugehen. In Köln wurde öffentlich die Marseillaise gespielt. Die Arbeiter forderten in Massenversammlungen auf dem alten Markt „Schutz der Arbeit, Sicherstellung der menschlichen Bedürfnisse für alle und Erziehung der Kinder auf öffentliche Kosten". Sie gingen nicht eher auseinander, als bis das Militär dazwischen schlug.

Es läßt sich nicht verkennen, daß damals ein gewaltiger Geist, der stellenweis ein wirklich revolutionärer war, das deutsche Volk durchzog. Freilich ließ bei diesem Bürgerthum, das mit seinen Bürgerwehren gar bald nicht mehr für die Freiheit, sondern für die Ordnung und den Besitz eintrat, die Begeisterung schnell nach. Dies Bürgerthum ließ sich von den auf die Beine gebrachten Volksmassen die politischen „März-Errungenschaften" erstürmen und erkämpfen, ließ die Arbeiterklasse dann aber bei den weitergehenden sozialen Forderungen elend im Stich. Die ansässigen und steuerzahlenden Bürger hatten ihre Verfassungen, ihre Preß- und Versammlungsfreiheit, ihre Schwurgerichte und Bürgerbewaffnung. Auf den Arbeitern blieb das soziale Elend und der politische Druck unvermindert lasten. Freilich ist in der Folge auch ihnen allein der Drang zur Freiheit und der revolutionäre Instinkt erhalten geblieben.

Pf.

störungen nicht noch größer würden. Am liebsten würde er jedenfalls das Fahren auf der Eisenbahn so theuer machen, daß nur die mit Glücksgütern sehr reichlich Gesegneten sich solchen Luxus gestatten könnten. Graf Limburg-Stirum blies in das gleiche Horn, er eiferte wieder gegen neue Kanalbauten, die landwirthschaftliche Produkte zu billig befördern, und erklärte die preußischen Bahnen für die besten der Welt. Es ist doch etwas Schönes um solchen Chauvinismus des Preußenthums, wie er von den Ostelbiern getrieben wird. Letzter Redner war der Antisemit Iskraut. Er wußte trotz der zweitägigen Debatte nicht, worum sich die Berathung drehte. Morgen fällt die Sitzung wegen der Budgetkommissions-Sitzung aus. Donnerstag wird die Debatte fortgesetzt werden. —

Das preußische Abgeordnetenhaus erledigte heute die Etats der direkten und der indirekten Steuern. Beim Etat der direkten Steuern wurden, wie alljährlich, Klagen über zu hohe Einschätzung, über falsches Vorgehen bei der Veranlagung und über zu starke Heranziehung des Grundbesitzes vorgebracht. — Beim Etat der direkten Steuern benutzte Finanzminister Dr. v. Miquel die Gelegenheit, um aus Anlaß einer Petition von Grenzaufsehern die Beamten wieder einmal vor unberechtigter Agitation zu warnen und sie des Wohlwollens der Regierung zu versichern. Schade nur, daß die so schlecht besoldeten Unterbeamten von diesem Wohlwollen nicht leben können. Die meisten Redner des Hauses stimmten dem Minister bei und erwirkten sich dadurch ein Lob des Grafen Limburg-Stirum (!), der die „sachliche" Art, wie hier im Hause die Beamten auf den richtigen Weg gewiesen werden, auch dem Reichstage zur Nachahmung empfahl, wo jetzt die bösen Sozialdemokraten die Beamten verhetzen.

Morgen: Dritte Lesung der Vorlage betreffend Erhöhung des Grundkapitals der Zentral-Genossenschaftskassen, zweite Lesung des Gesetzentwurfs betreffend Entschädigung für die Verluste durch Hochwasserkatastrophen. —

Zur Flottenvorlage. Es giebt Zentrumskreise, welche die Haltung des jetzt mehr denn je von den „nationalen" Parteien gefeierten Parteiführers Dr. Lieber stark mißbilligen. Die „Märkische Volkszeitung", von deren Mißstimmung über die völlige Unterwerfung ihrer Parteifreunde in der Budgetkommission unter die Wünsche des Herrn Tirpitz wir schon gestern Mittheilung machten, verschärft heute ihre Kritik, lehnt Dr. Lieber's Scheinkompromiß geradezu ab und deutet an, daß die Fraktion den Lieber'schen Vorschlägen nicht nachfolgen werde. Das Blatt schreibt:

„Die erste Lesung in der Kommission hat diesmal lediglich informatorischen Charakter; insbesondere hat die Fraktion des Zentrums sich die Beschlußfassung vorbehalten. Es ist darum die Kommissionsberathung in keiner Weise bindend für die Fraktion. Ueberdies hat Dr. Lieber in der Kommission erklärt, er spreche „nicht" als Redner der Zentrumsfraktion, sondern nur als Referent der Kommission."

In der ersten Berathung am 7. Dezember v. J. hat der Abg. Dr. Lieber „als Fraktionsredner" in deren Auftrag erklärt, dieselbe habe hauptsächlich zwei Bedenken: 1. Die Bindung auf sieben Jahre und die darin liegende Kürzung des Budgetrechtes; 2. die Deckungsfrage. In der Sitzung der Budgetkommission am Sonnabend ist von der zweiten Schwierigkeit nur flüchtig gesprochen worden; eine Lösung ward nicht einmal ernstlich versucht.

Die Art, wie Dr. Lieber die erste Schwierigkeit lösen zu können glaubt, ist keine Lösung. . . .

Von dem Plenum der Zentrums-Fraktion, das in diesen Tagen zusammentritt, hängt die Entscheidung ab; sie wird, wie man behauptet, die Vorschläge Lieber's ablehnen und beschließen, für dieses eine Jahr einige Ersatzbauten und einige Neubauten zu bewilligen, wenn das ohne neue Steuern möglich wird.

Manche wollen uns die Furcht einflößen, bei Auflösung des Reichstages werde eine bewilligungslustige Mehrheit gewählt, und rathen deshalb dem Zentrum zum Nachgeben. Aber das wäre doch thöricht. Darf ich deshalb unrecht thun, weil es sicher ist, daß sonst ein anderer es thun wird? Uebrigens ist es durchaus nicht sicher, daß eine Neuwahl mit der Wahlparole: „Neue Steuern für die Flotte!" eine bewilligungslustige Mehrheit ergeben werde. Also nur nicht ängstlich!"

So treffend die Ausführungen dieses Blattes sind und so interessant es sein mag, daß die ultramontane Bonner „Reichs-Zeitung" die Forderung stellt, Dr. Lieber solle im Interesse der Zentrumspartei sofort zurücktreten, so wenig Gewicht wird man doch diesen Auslassungen beimessen können. Denn die Anschauungen dieser Blätter werden kaum von einem beträchtlichen Theil der Zentrumsabgeordneten getheilt werden.

Die „Germania" führt eine ganz andere Sprache und auch die „Kölnische Volkszeitung", welche vor wenigen Monaten noch recht energisch gegen die Regierungsvorlage und gegen einen faulen Frieden ihrer Partei mit dieser Vorlage zu Felde zog, ist ganz kleinlaut geworden. Kein aggressives Wort mehr, obwohl das Blatt zugeben muß, daß die Vorschläge Dr. Lieber's „der Auffassung der verbündeten Regierungen weit entgegen kommen, so weit, daß es ausgeschlossen erscheint, die verbündeten Regierungen würden nicht auf den Boden jener Vorschläge treten". Noch, sagt die „Köln. Volksztg.", sei die Vorlage nicht fertig und die Zentrumsfraktion habe ihre endgiltige Stellung noch nicht genommen; sie ermahnt die Mitglieder der Fraktion, sich in Berlin einzufinden und schließt ihren Artikel über „die Aussichten der Marinevorlage" mit dem Wunsche, „daß die Stellungnahme der Fraktion auf grund sorgfältigster Berathung und Verständigung erfolge, so daß in den bevorstehenden Wahlkämpfen deren Ergebniß dann auch von der gesammten Fraktion einmüthig vertreten werden kann".

Also um die Einmüthigkeit der Partei bangt es dem einflußreichen Kölner Zentrumsblatt; um dieser Einmüthigkeit halber giebt es jede selbständige Meinung, jede oppositionelle Regung gegen die Forderungen der Regierung auf. Man wird ja bald sehen, wie viele Abgeordnete des Zentrums nicht gewillt sind, die regierungsfreundliche und volksfeindliche Politik der maßgebenden Partei-Organe mit zu machen. —

Der Geldbeutel der Patrioten. Es war ein Meisterstück Bebel's, als er in der Sonnabend-Sitzung der Budgetkommission die Wasserpatrioten durch seinen Antrag auf Einführung einer Reichs-Einkommensteuer zwang, aus dem Gebiet allgemeiner Redensarten herauszutreten und Farbe zu bekennen. Unangenehm genug war den Herren der Antrag. Jedenfalls stellte sich dabei heraus, daß die Verheißung, die Kosten der Flottenvermehrung würden auf die leistungsfähigen Schultern gelegt werden, eine hohle Redensart war. Die Mehrheit des Reichstages denkt gar nicht daran, in eine Reichs-Einkommensteuer zu willigen. Die einen sagen offen nein, die andern verstecken sich hinter den föderativen Charakter des Reiches, der die Erhebung einer direkten Steuer ausschließen soll. Dazu kommt, daß die Reichsfinanzen gegenwärtig Ueberschüsse aufweisen, und mit großer Hoffnungsseligkeit wird gesagt, es werde auf absehbarer Zeit so bleiben. Wenn aber die Reichsfinanzen in der That so günstig stehen, dann wäre es an der Zeit, die drückendsten indirekten Steuern, die Salz-, Kaffee- und Petroleumsteuern zum Beispiel aufzuheben. Aber daran wird nicht gedacht. Im Gegentheil spricht der Berliner Schleifstein, die „Post", bei der Erörterung der Kostendeckungsfrage für die Marinevermehrung mit aller Offenheit davon, daß nach Ablauf der Handelsverträge eine Erhöhung der Getreidezölle der Regierung die nothwendigen Mittel an die Hand geben werde, um für die Zeit nach 1904 die vermehrten Ausgaben für die Flotte zu decken. Und die nationalliberale „Magdeb. Ztg." schreibt gottesfürchtig und dreist: „Die direkten Steuern sind jetzt aber ohnehin schon allzu hoch; ist Geld nöthig, so darf es nur durch Erhöhung der indirekten Steuern aufgebracht werden."

Chinesisches. Die „Ostasiatische Korresp." theilt mit, daß Deutschland sich ein Vorzugsrecht habe ertheilen lassen, wonach deutsche Unternehmer für Eisenbahnbauten und industrielle Anlagen in der Provinz Schantung gegenüber anderen Ausländern stets den Vorrang haben sollen. Die genannte Korrespondenz führt hierzu des näheren aus:

„Eines der machtvollsten Syndikate, gebildet aus den hervorragendsten deutschen Bank- und Industriefirmen, macht sich in einer, von jeder einzelnen der theilnehmenden Firmen unterzeichneten Eingabe der deutschen Reichsregierung bereits erbötig, alle von China an Deutschland ertheilten Konzessionen für Eisenbahnbauten, industrielle Anlagen und Werke und alle anderen öffentlichen Unternehmungen auszuführen. Anscheinend wird hier eine Art Monopol auf alles erstrebt, was an Begünstigungen auf jene Unternehmungen von China an Deutschland eingeräumt werden würde."

Auch in England hat man bereits von diesen monopolistischen Ansprüchen Deutschlands Kunde bekommen. Die „Times" erklären, dieselben ständen in Widerspruch mit den Versprechungen, eine „Politik der offenen Thore" in China innezuhalten.

Das „Reuter'sche Bureau" meldet aus Peking, Rußland dringe fortgesetzt auf Entlassung der in chinesischem Dienst stehenden britischen Eisenbahningenieure. —

* * *

Deutsches Reich.

— **Wieder eine Kaiserrede.** Aus Wilhelmshaven wird heute berichtet: „In der Ansprache, die der Kaiser nach der Vereidigung an die Marine-Rekruten richtete, erinnerte er dieselben an die Heiligkeit des Eides. Sie hätten den Eid als Seeleute auf die Kriegsflagge geschworen, welche die Farben schwarz, weiß, roth trage. Schwarz bedeute die Arbeit und die Trauer, weiß den Feiertag und die Ruhe und roth das Blut, welches viele Vorfahren für das Vaterland vergossen hätten. Der Kaiser erinnerte ferner daran, daß viele brave Seeleute mit dem Gedanken an das theure Vaterland und an die Flagge, zu welcher sie den Eid der Treue geschworen hatten, den Tod in den Wellen gefunden hätten. Viele seien hinausgezogen, um die Interessen des Vaterlandes zu schützen. Denn wo der deutsche Aar Besitz ergriffen, und seine Krallen in ein Land hineingesetzt habe, das sei deutsch und werde deutsch bleiben. Er fordere sie auf, ihre Schuldigkeit zu thun, wo sie soeben vor Gottes Angesicht geschworen hätten.

— **In den Auswanderungsausschuß** hat der Bundesrath gewählt den Prinzen v. Arenberg, den Grafen v. Arnim-Muskau, den Direktor der Hamburg-Amerika-Linie, Ballin, den Leipziger Universitätsprofessor Bücher, den pfälzischen Nationalliberalen Dr. v. Bühl, den klerikalen Generalsekretär Cahensly, den Geheimen Justizrath Prof. Dr. v. Cuny, ferner den Freiherrn E. A. v. Goler, den Rittergutsbesitzer v. Groß, den Abg. Dr. Hammacher, den Kaufmann Herm. Hasenclever, den Staatssekretär a. D. Dr. v. Jacobi, den Vorsitzenden des Zentralvereins für Handelsgeographie Dr. Jannasch, den Direktor im Reichs-Postamt Kraetke, den Direktor des Export-Musterlagers in Stuttgart Paul Zilling, den Präsidenten der Handelskammer Laeisz und den Hafenarzt Dr. Nocht und aus Bremen den Großkaufmann Reck und den Direktor des Norddeutschen Lloyd Dr. Wiegand.

Man sieht hieraus, daß gerade diejenigen Schichten der Bevölkerung, aus welchen sich vornehmlich die Auswanderer rekrutiren, völlig unvertreten sind.

Das ist Stummisch, aber nicht national! —

— **Auch die Zentrumsorgane** verwahren sich wie die der nationalliberalen Partei gegen das, was unter dem Namen Sammlungspolitik den Wählern empfohlen werden soll. In den Konferenzen soll sich der Zentrumsgraf Ballestrem recht weit an die Kanize genähert haben. —

— **Nach dem Wunsche der Herren Posadowsky und Recke.** Wie sich sächsische Behörden mit dem Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrecht der Arbeiter umzuspringen erlauben, ist aus zahlreichen Beispielen bekannt. Jetzt liegt wieder ein besonders bezeichnendes Beispiel vor. Einem Parteigenossen in Hohenstein-Ernstthal ging folgendes Verbot zu:

„Die von Ihnen für Sonntag, den 27. d. M., nachmittags 5 Uhr, für den Saal des Gasthauses „zur Zeche" angemeldete Versammlung wird hiermit verboten. In der Anmeldung ist zwar als erster Punkt der Tagesordnung aufgeführt: „Die geplante Beschränkung des Koalitionsrechtes der Arbeiter." Gleichzeitig mit der Bekanntmachung wurde aber ein Plakat mit dem Ersuchen um Genehmigung zur Anheftung an Häusern vorgelegt, auf welchem mit großen Lettern zu lesen war: „Protestversammlung gegen die geplante Beschränkung des Koalitionsrechts der Arbeiter". Die Stellung der Sozialdemokratie zur Koalitionsfreiheit ist hinreichend bekannt. Wenn also von einer Beschränkung dieser Freiheit gesprochen werden soll, so ist, zumal aus dem Wort „Protestversammlung" die Art und Weise der Behandlung des Themas zu ersehen ist, mit Bestimmtheit zu erwarten, daß die anwesenden Arbeiter gegen ihre Arbeitgeber aufgehetzt werden und aufgefordert werden sollen, sich möglichst eng zusammenzuschließen, um desto wirksamer gegen die Arbeitgeber Stellung nehmen und diesen eventuell unter Anwendung von Zwangsmitteln ihre Forderungen aufzwingen zu können. Da eine solche Handlungsweise ohne weiteres Gesetzesübertretungen in sich schließen würde, so geht daraus hervor, daß die Behandlung dieses Themas in der angemeldeten Versammlung sicher es mit sich bringen muß, zu Gesetzesübertretungen aufzufordern oder doch wenigstens dazu geneigt zu machen. Es muß daher gemäß § 5 des Vereinsgesetzes vom 22. November 1850 die angemeldete Versammlung verboten werden.

Hohenstein-Ernstthal, am 25. Februar 1898.

Der Stadtrath Dr. Polster."

Derartige Begründungen heben das Vereins- und Versammlungsrecht einfach auf. Mehr verlangte auch das Gesetz des Herrn v. d. Recke im vorigen Sommer nicht. Mit Sinn und Geist des sächsischen Vereins- und Versammlungsgesetzes vertragen sich ebenfalls solche Begründungen nicht, obwohl das Gesetz selbst der reaktionärsten eins ist in deutschen Landen; aber was schert ordnungsbeflissene Staatsstützen Sinn und Geist des Gesetzes, sie legen so aus und so unter, wie es ihrer arbeiterbewegungsfeindlichen Gesinnung paßt.

Für diese schier unglaublichen Rechtsauslegungen, die man der sächsischen Arbeiterklasse Jahr ein, Jahr aus, Tag ein, Tag aus anthut, wird dieselbe bei den Reichstagswahlen die Quittung ertheilen. —

— **Eine größere Zahl von Berliner ärztlichen Autoritäten** hat sich zur Untersuchung der gegenwärtig im 70. Infanterie-Regiment herrschenden Typhusepidemie nach Saarbrücken begeben. Bisher sollen der Epidemie 22 Soldaten zum Opfer gefallen sein. —

— **In der Diätenfrage,** die von den „Hamb. Nachr." wieder zur öffentlichen Diskussion gestellt wurde, haben sich Blätter fast aller Parteien im Gegensatze zu den Anschauungen des Organs von Friedrichsruh gestellt. Wir fanden blos in der „Post" und in den „Dresdener Nachrichten" zustimmende Stimmen. Das ist die ärgste Verurtheilung des neuesten bismarckischen Planes. —

— **Die Konferenz sozialdemokratischer Bürgerausschuß-Mitglieder,** die in Karlsruhe stattfand, war von 64 Bürgerausschuß-Mitgliedern besucht. Genosse Dreesbach besprach den reaktionären Gesetzentwurf, den die Regierung betr. Abänderung der Städte-Ordnung dem Landtag unterbreitet hat, und die Gegenanträge der Demokraten. Die Diskussion drehte sich hauptsächlich um die Frage, ob die Sozialdemokraten den demokratischen Antrag unterstützen sollten, daß die Stadträthe klassenweise vom Bürgerausschuß gewählt werden sollten. Mit einer Ausnahme sprachen sich sämmtliche Delegirte dafür aus, daß man zwar dahin wirken müsse, daß nur die Stadtverordneten den Stadtrath zu wählen haben, daß aber die Klassenwahl zum Stadtrath abzulehnen sei. Bezüglich der sonstigen Stellung der Partei zu den Abänderungsvorschlägen wurde einstimmig folgende Resolution gefaßt:

Die heute in Karlsruhe tagende Konferenz sozialdemokratischer Bürgerausschuß-Mitglieder fordert nach wie vor die Abschaffung der Klassenwahl zum Bürgerausschuß und allgemeines gleiches direktes und geheimes Wahlrecht sowohl zur Wahl der Stadtverordneten, als des Stadtraths wie der Bürgermeister. Sie fordert ihre Landtagsvertreter auf, in diesem Sinne einen Antrag in der Kammer einzubringen. Falls der Antrag abgelehnt wird, giebt sie den sozialdemokratischen Abgeordneten freie Hand darüber, sich denjenigen Anträgen anzuschließen, welche die weitgehendsten Forderungen für die Wahrung der Volksrechte gegen die reaktionären Bestrebungen des von der nationalliberalen Partei unterstützten Ministeriums Eisenlohr stellen.

In bezug auf die Landtagswahlrechtsfrage wurde nach einem Referate Dreesbach's und darauffolgender kurzer Debatte beschlossen, die Landtagsfraktion zu beauftragen, ein Flugblatt zu verfassen, das im ganzen Lande verbreitet werden soll; ferner die Gedenkfeier der 48er Volkserhebung am 19. März mit einer Protestkundgebung gegen die Eisenlohr'schen Wahlverkümmerungs-Anschläge zu verbinden und eventuell einen Petitionssturm an den Landtag zu entfachen, der das gleiche direkte Landtags-Wahlrecht ohne Kautelen fordert. —

Straßburg i. E., Ende Februar. (Eig. Ber.) In einer der letzten Sitzungen des Landesausschusses nahm beim Kapitel „Kreisdirektoren" der streitbare Maire von Schlettstadt, der Klerikale Spies, Gelegenheit, das Ersteiner Wahlidyll des Kreisdirektors Peucer zur Sprache zu bringen. Spies führte der gespannt lauschenden Versammlung das ganze Sündenregister der Ersteiner Staatsstütze vor und verlangte die Respektirung der Gesetze vor allem von seiten der höheren Beamten. Die Antwort auf seine Frage, was die Regierung in der Angelegenheit zu thun gedenke, machte sich deren Vertreter, Herr v. Puttkamer, außerordentlich leicht. Mit einer gewissen chevaleresken Nonchalance erklärte er, von den Vorkommnissen, die weit über die Grenzen Elsaß-Lothringens hinaus Aufsehen erregten, erst durch einen Bericht Kenntniß erhalten zu haben, den er nach dem Peucer-Prozeß vom Kreisdirektor selbst eingefordert habe. Der Herr Minister ließ sich zwar zu einem leisen Tadel des ungehörigen Verhaltens von Peucer herbei, legte aber anderseits ein großes Gewicht auf die Thatsache, daß die vom Kreisdirektor bestellten erkennbaren Wahlzettel nicht verwendet worden seien. Ueber den schwersten Vorwurf, den Peucer trifft, die Verleitung des Druckers der Zettel zu unwahren Aussagen gegenüber dem recherchirenden Polizeikommissar, schwieg sich Herr v. Puttkamer indessen aus. Und als der Abbé Winterer von Mülhausen die Frage an ihn stellte, ob bei den demnächst stattfindenden Wahlen derselbe Herr Peucer als Kreisdirektor von Erstein Wächter des Gesetzes sein sollte, das von ihm so dreist verletzt worden, da zeigte sich der spiritus rector des Diktaturregimentes in seiner ganzen Größe. Vom Scheitel bis zur Zehe ein Puttkamer, erklärte er rund heraus, diese Frage gehe die Volksvertreter nicht das mindeste an, sie mögen vorerst abwarten und könnten sich ja dann hinterher beschweren, wenn ihnen etwas nicht passe. Soweit sind wir also in Neu-Puttkamerun gekommen, daß ein Beamter, der aus den Taschen des Volkes bezahlt wird, ungestraft die Gesetze verletzen und sich die schwersten Verfehlungen zu schulden kommen lassen darf, und daß man hinterher den Vertretern dieses selben steuerzahlenden Volkes das Recht abspricht, zu erfahren, in welcher Weise die Regierung gegen einen derartigen Musterbeamten vorzugehen beabsichtigt. Wenn im Deutschen Reiche noch irgend jemand ist, der es nicht glauben wollte, daß wir es im Lande der „wiedergewonnenen Brüder" unter dem System Puttkamer „herrlich weit" gebracht haben, so wird er durch das gestrige Auftreten unseres Diktaturministers sicherlich eines Bessern belehrt. —

Baron Charpentier, Mitglied des Landesausschusses, hat soeben seinen Austritt aus der klerikalen Partei erklärt, nachdem vor einigen Tagen ein Antrag seiner Gesinnungsgenossen auf konfessionelle Trennung der Mittelschulen im Straßburger Gemeinderath mit seiner Hilfe zu Falle gebracht worden war. —

Oesterreich.

Wien, 28. Februar. Wie die „Neue Freie Presse" meldet, wird das von der Prager Polizei erlassene Verbot des Farbentragens am kommenden Donnerstag aufgehoben werden. —

— **Eine Feier zu Ehren des wackeren, echten Demokraten Dr. Kronawetter** fand am 27. Februar in Wien anläßlich des 60. Geburtstages des sturmerprobten, auch in Deutschland geschätzten Volksmannes statt. Genosse Dr. Adler sprach auf dem Feste namens der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs. Es werde nicht häufig vorkommen, daß ein Politiker von einer anderen Partei begrüßt werde, von einer Partei, die mit der seinen häufig im Kampfe war und sein wird. Aber wenn wir auch mit den hier versammelten Parteigenossen Kronawetter's und seinen engeren Freunden nichts zu thun haben, so sind mit gutem Grunde in diesem Saale auch Vertreter der großen Masse der österreichischen Arbeiterschaft anwesend, gegen deren Unterdrückung und Vergewaltigung Dr. Kronawetter als ein einzelner Mann durch lange Jahre gekämpft hat. (Beifall.) Er allein hatte damals den Muth, die Rechte der Arbeiterschaft zu vertheidigen, und die Worte, die er in jener Zeit gesprochen, waren damals fast die einzige inländische Agitationsliteratur der österreichischen Arbeiterschaft; zugleich aber bilden sie eine flammende Brandmarkung jenes traurigen Stückes österreichischer Geschichte. Das politische Leben Kronawetter's ist reich an schmerzlichen Enttäuschungen. Die Prinzipien der bürgerlichen Demokratie, denen er gedient, sind vom Großbürgerthum nie vertreten, vom Kleinbürgerthum verrathen worden. Was Kronawetter heute um sich hat, sind nur mehr einzelne Männer. Aber er möge getrost sein, wenn auch die Fahne der bürgerlichen Demokratie nicht siegen kann, die Sache der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit wird siegen, und ihr Träger ist das Proletariat. Wenn auch, schloß Dr. Adler unter stürmischem Beifall, sich noch häufig unsere Wege kreuzen werden, wird trotz alles Gegensatzes der Parteistellung die österreichische Arbeiterschaft niemals vergessen, daß Dr. Kronawetter ihr ein Freund in der Noth gewesen. —

Ungarn.

Budapest, 1. März. Bei der fortgesetzten Debatte über das Justizbudget erklärte der Justizminister v. Erdely, die angeordnete administrative Verfolgung wäre nicht gegen die Presse, sondern gegen die Verhetzungen (!) gerichtet. Seiner Ueberzeugung nach wäre dadurch das Preßgesetz vom Jahre 1848 nicht verletzt. Er beschäftige sich seit langem mit der Modernisirung des Preßgesetzes, denn es sei unerträglich, daß wegen Preßverhetzung solche Individuen vor Gericht ständen, die niemals eine Feder in der Hand gehabt hätten. Die Frage nach Regelung der Preßverhältnisse wäre brennend; er selbst habe die Ausarbeitung eines neuen Preßgesetzes in Arbeit. —

— „Das Privateigenthum braucht nicht respektirt zu werden.“ Unter dieser Spitzmarke veröffentlicht ein alles eher als sozialdemokratisches Blatt der ungarischen Landeshauptstadt, das „Neue politische Volksblatt“ u. a. folgendes:

„. . . . Unter anderem wurde auch beim Kürschnergehilfen Emanuel Ruzicska gehaussucht. Derselbe steht seit 19 Jahren bei einer Firma in Arbeit, ist als nüchterner, sparsamer Mann und als fürsorglicher Familienvater bekannt und hat in diesen langen Jahren einige Ersparnisse zurückgelegt. Bei Ruzicska wurden von der Polizei gefunden: Ein auf 470 fl. lautendes Sparkassenbuch der Pester Ersten vaterländischen Sparkasse, Datum der Einlage 1894; ein auf 15 fl. lautendes 1895 ausgestelltes Sparkassenbuch der 16jährigen Tochter Ruzicska's, Louise, auf den Namen „Lux“ ausgestellt; ein Blanko-Wechsel über 150 fl., welchen Betrag Ruzicska einem Freunde geliehen hat; eine Quittung über 100 fl. seitens der „Röpßava-Aktiengesellschaft aus dem Jahre 1895, welchen Betrag Ruzicska dem genannten Partei-Unternehmen als Darlehen gegeben hatte.

Nichts, absolut nichts konnte dahin gedeutet werden, daß das Vorgefundene mit den gesuchten Geldsammlungen in irgendwelchem Zusammenhange stehe — aber die Polizei nahm alles mit. Das war am 14. d. M.

Gestern fand diesbezüglich bei der Stadt-Amtshauptmannschaft des 7. Bezirks die Entscheidung statt. Konzipist Demjen nahm mit Ruzicska ein Protokoll auf. Dieser stellte in Abrede, Geld gesammelt zu haben, wies klar und deutlich nach, wie das bei ihm Gefundene seine Ersparnisse seien, seit Jahren in der Sparkasse angelegt, daß in deren Büchern das leicht zu eruiren sei, daß übrigens die Kaution schon am 9. d. erlegt wurde, sonach ein Theil derselben nicht am 14. bei ihm sein konnte, daß das Sparkassenbüchel seiner Tochter deren Ersparnisse bilde; die in der Sparkasse angelegte Summe von 470 fl. habe er als Mitgift bezw. Ausstattung für seine jüngere Tochter gespart, während die ältere Tochter bei der „Fonciére“ versichert sei u. s. w.

Konzipist Demjen übergab nun das Protokoll dem im Nebenzimmer befindlichen Stadthauptmann Toth. Dieser gab es mit dem Bemerken zurück, es solle mehr Aussagen Ruzicska's über die Sammlungen enthalten. Das Protokoll wurde ergänzt, mit demselben Resultat, Ruzicska wiederholte seine obigen Angaben.

Was nun folgte, ist bezeichnend.

Stadthauptmann Toth nimmt im Nebenzimmer das zusammengefaltete Protokoll entgegen, schreibt, ohne den Inhalt anzublicken, einige Worte auf das Rubrum und erklärt trocken:

„Demzufolge wird alles Vorgefundene konfiszirt und Emanuel Ruzicska zu 100 Gulden Geldstrafe verurtheilt.“

Wir enthalten uns jedes Kommentars zu dieser Handlung, denn jedes bezeichnende Wort würde uns einen Preßprozeß wegen Schmähung und Herabwürdigung der Behörden auf den Hals hetzen.

Wie viel Schweiß, wie viele Entbehrungen, wie viel Verzicht auf die primitivsten Zerstreuungen liegt in dieser konfiszirten Summe, den bitteren Ersparnissen 19jähriger Arbeit eines fürsorglichen Familienvaters!

Und das ist nur Einer! Wir müßten ungezählte Spalten füllen, wollten wir all dies registriren, was die Polizei auf diesem Gebiete seit 2 Wochen leistet.

Die Polizei weiß es, daß sie den Leuten ihr Privateigenthum nimmt, aber sie hat den Auftrag, die Sozialisten auf diese Weise einzuschüchtern. Ach, wie sind diese Auftraggeber auf dem Holzweg! Nicht Einschüchterung, sondern eine mächtige Fluth tiefsten Hasses, Erbitterung und Ausdauer im Kampf rufen sie hervor. Sie beurtheilen den Arbeiter wie den Kapitalisten. Aber das Herz des Arbeiters ist nicht sein Geldbeutel, sondern ein warmblütiges, für seine Mitmenschen empfindendes Ding. Jetzt erst recht! — das ist die Parole als Antwort auf diese behördliche „Respektirung des Privateigenthums“. Wir haben hierauf zu Beginn der Aktion hingewiesen . . .“

Frankreich.

— Ueber den Zeitpunkt der Kammerwahlen werden verschiedene Angaben gemacht, als frühester Termin gilt der 24. April, als spätester der 8. Mai. —

Paris, 1. März. Keiner der Advokaten, die bei dem Kassationsgericht eingeschrieben sind, will, wie der „Gaulois“ meldet, die von Zola eingereichte Nichtigkeitsbeschwerde vertreten. Das Kassationsgericht würde daher einen Exofficio-Vertheidiger bestimmen müssen. Dasselbe Blatt schreibt, daß Oberst Picquart gestern zwei seiner Freunde beauftragt habe, von dem Obersten Henri Genugthuung zu verlangen für die Beleidigung, welche Henri ihm im Prozeß Zola zugefügt hat. Gerüchtweise verlautet, daß heute ein Zweikampf zwischen Picquart und Henri stattfinden wird. — Nach der „Aurore“ hat der Kriegsminister erklärt, daß Oberst Picquart nur die dem Majorsrange entsprechende Minimalpension erhalten wird. —

England.

London, 28. Februar. Unterhaus. In der Spezialdebatte des Etats des Kriegsamts beantragt Labouchere eine Verminderung des Präsenzstandes um 13 867 Mann, weil er die Politik der Regierung und die mit derselben verknüpften Ausgaben beanstande. Er mißbillige den indischen Grenzkrieg, die Sudan-Expedition und die Zusammenziehung einer Streitmacht in der Nähe von Transvaal. Der Antrag wird ohne Debatte mit 232 gegen 45 Stimmen abgelehnt. —

Italien.

Rom, 28. Februar. Deputirtenkammer. In Beantwortung einer Interpellation des Deputirten Bovio wegen der letzten Vorgänge in Sizilien weist Ministerpräsident Rudini die Anschuldigung zurück, die Regierung habe nichts gethan für Sizilien. Rudini stellt es in Abrede, daß in Wirklichkeit eine besondere sizilianische Frage besteht. Die für Sizilien zu ergreifenden Maßnahmen können keine anderen sein, als diejenigen, die die Regierung für das übrige Königreich zu ergreifen beabsichtigt, nämlich Förderung lohnender Arbeiten und Herabsetzung der lästigsten Abgaben. Zur Bekämpfung der lokalen Umtriebe sei es nöthig, die lokale und provinzielle Gesetzgebung zu reformiren und er, der Ministerpräsident, habe schon einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht. Die Regierung werde auch die Frage einer Reform der landwirthschaftlichen Verträge prüfen. —

Spanien.

Madrid, 1. März. Der Ministerrath beschloß die Maßregelung des Erzbischofs von Valladolid wegen dessen aufreizenden politischen Fastenbriefes. —

Havana, 1. März. General Chastellanos lieferte in der Umgegend von Najasa (?) den Insurgenten mehrere Gefechte. Die Aufständischen hatten hierbei 171 Todte und Verwundete. Die Insurgenten wurden ferner bei Cartagena und Villas geschlagen. —

Griechenland.

— Das Attentat auf König Georg. Das „Wolf'sche Bureau“ verbreitet folgende telegraphische Mittheilungen vom Montag:

Die Polizei verhaftete zwei Freunde Kardißi's, von denen einer unter dem dringenden Verdacht steht, Mitschuldiger zu sein.

Kardißi hat eingestanden, daß er seinerseits sechs Kugeln und sein Mitschuldiger zwei Kugeln nach dem Wagen des Königs abgefeuert habe. Wenn sein Genosse mehr Kaltblütigkeit gezeigt hätte, würde der Anschlag zum Ziele geführt haben. Derselbe habe aber, als der König sich erhob und seinen Stock schwang, Furcht bekommen und nicht gut zielen können. Kardißi erklärt, es sei ihre Absicht gewesen, das Leben der Prinzessin Marie zu schonen. Ihr Plan sei gewesen, zunächst den Kutscher und die Pferde zu tödten und dann den König mit großkalibrigen Pistolen, die sie bei sich hatten, zu erschießen. Kardißi ist ein fünfunddreißigjähriger Mann, ehemaliger Unteroffizier, Angehöriger einer Athen eigenthümlichen Spezies von Leuten, die die Mitte zwischen Zuhälter und Bravo einnehmen und Kuzavontis genannt werden. Kardißi erweist sich als ein stumpfsinniger Kopf, den die Deklamationen einer gewissen Presse aufgeregt haben, die jeden Morgen und jeden Abend Verrath schreit, den König beschimpft und die königliche Familie beleidigt. Der Verbrecher hatte eine Anstellung im Bürgermeisteramt, wo er sich jedoch sehr selten blicken ließ. Kardißi hüllte sich in vollkommenes Stillschweigen; er weigerte sich auch, seine Mitschuldigen namhaft zu machen.

„Asty“ erfährt indessen, bereits seit 2 Monaten sei verschiedenen Personen bekannt gewesen, daß ein geheimnißvoller Klub, der an entfernten Stellen der Stadt im Verborgenen Sitzungen abhielt, schließlich beschlossen hatte, den König nach der Annahme des Gesetzes über die internationale Finanzkontrolle umzubringen. Die Beschlüsse dieses Klubs wurden aufgezeichnet und dem Könige selbst Abschriften derselben zugestellt, darin kam Kardißi's Name häufig vor. Der König beachtete jedoch diese Drohungen niemals und fuhr fort, allein oder mit der Prinzessin Marie auszugehen oder auszufahren; in letzter Zeit waren dem Könige auch viele anonyme Briefe zugegangen. Die Mitglieder des Klubs gehören den niedersten Gesellschaftsschichten an; es sind darunter viele beschäftigungslose Handarbeiter, zerrüttete Existenzen und überspannte junge Burschen. Die Leute betrachteten den König und die Staatsmänner des Landes als Werkzeuge der ausländischen Mächte. —

Abgeordnetenhaus.

35. Sitzung vom 1. März 1898, 11 Uhr.

Am Ministertische Dr. von Miquel und Kommissarien.

Der Etat der direkten Steuern steht zur Spezialberathung.

Abg. **Christophersen** (frk.) wünscht die Abzugsfähigkeit einer bestimmten, von verschiedenen schleswigschen Grundbesitzern zu entrichtenden Rente.

Minister **v. Miquel** erwidert, daß die Frage ausschließlich und endgiltig durch das Ober-Verwaltungsgericht entschieden werden könne; selbst das Abgeordnetenhaus könne keine Remedur schaffen.

Abg. **v. Arnim** (f.) unterstützt den Wunsch Christophersens.

Abg. Dr. **Lotz** (wildk.) bemängelt einzelne Vorkommnisse des Veranlagungs-Verfahrens. Für den Zensiten sei es unerträglich, wenn er gegen seine Veranlagung protestirt und den Weg des Verwaltungsstreit-Verfahrens beschritten hat, dennoch immer wieder in derselben Weise veranlagt zu werden.

Minister **v. Miquel**: Dreijährige Einschätzungsperioden sind nicht zu empfehlen, sie stören zu sehr die gleichmäßige und ruhige Fortentwickelung des Einschätzungsgeschäftes. Die Zahl der Reklamationen ist erheblich zurückgegangen, von 40 000 vor 8 Jahren auf 8000 im letzten Jahre. Zu einem Zustande der Vollkommenheit in Steuersachen zu gelangen, werden wir kaum hoffen dürfen.

Von den Abgg. **Meyer**-Riemsloh (Z.) und Dr. **Korn**-Rudelsdorf (k.) werden mehrere Einwendungen gegen das Veranlagungs-Verfahren in bestimmten Gegenden erhoben. Eine Antwort vom Regierungstische erfolgte nicht.

Abg. **Hammann** (Z.) weist darauf hin, daß entgegen den ausdrücklichen Erklärungen der Regierung bei der Berathung der Vermögenssteuer der Grundbesitz nicht nach dem Einkaufswerth, sondern nach dem gemeinen Werth bei der Veranlagung gerechnet werde; es ergeben sich daraus mannigfache Unzuträglichkeiten für den Grundbesitz.

Minister **v. Miquel**: Die Werthbemessung der Grundstücke lediglich nach dem Reinertrage ist ziemlich schwer und es sind mühsame Arbeiten in dieser Beziehung gemacht worden. Aber es wird schwer sein, den Veranlagungs-Kommissionen klar zu machen, daß der Besitzer eines Hofes, der diesen unter günstigen Erwerbsbedingungen übernommen, nun blos ein Vermögen in Höhe der Erwerbskosten besitzt: man wird immer sein Vermögen nach dem vollen Werthe des Grundstücks berechnen.

Die Abgg. **Schmidt**-Warburg (Z.), **Kirsch** (Z.) und **v. Knapp** (natl.) regen Gehaltsverbesserungen für einzelne Kategorien der Katasterbeamten, Rentmeister 2c. an.

Abg. **Wintermeyer** (frs. Vp.) führt einige Fälle an, in denen zur Ermittelung einzelner Einnahmen ein ganzes Spionagesystem angewendet sein soll; so ist ein förmliches Zeugnißverfahren eingeleitet, um die Vermittelungsgebühr eines Kommissionärs herauszubekommen. In einem anderen Falle ergab sich, daß dem Denunzianten zugesichert war, daß sein Name dem Angezeigten nicht bekannt gegeben werden solle. Das sei doch ein entschieden verwerfliches System.

Regierungskommissar Geh. Finanzrath **Wallach** kann ohne Kenntniß von den Einzelfällen eine Erklärung nicht abgeben.

Abg. **Wintermeyer** will bei der dritten Lesung auf die Sache zurückkommen.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. **Sattler** (natl.) erwidert Regierungskommissar **Wallach**, daß die plötzliche Steigerung der Summe zur Rückzahlung überhobener Steuern daraus zu erklären sei, daß die Erledigung der Reklamationen nur langsam erfolgte und schließlich eine größere Anzahl fertig wurden.

Der Etat der direkten Steuern wird ohne weitere Debatte bewilligt.

Beim Etat der indirekten Steuern regt

Abg. **Rickert** (frs. Vg.) die Aufbesserung der Gehälter für die Grenz- und Steuer-Aufseher an, da diese an der allgemeinen Gehaltserhöhung der Beamten nicht theil gehabt haben. Zudem ist ihr Dienst ein schwerer und ihre Nebeneinkünfte sind gering.

Minister **v. Miquel** sagt Berücksichtigung zu, obwohl eine Petition dieser Beamten als zur Erörterung im Plenum ungeeignet erachtet worden ist. Es war dieser Beschluß nöthig, weil die Petition von einem Vereine ausging und nur mit zwei Namen unterzeichnet war.

Die Abgg. Dr. **Friedberg** (natl.) und Graf **Limburg** (k.) stellen fest, daß diese formalen Gründe allein es gewesen sind, welche nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung die Petition als zur Erörterung im Plenum ungeeignet machten. Vereinen stehe ein Petitionsrecht beim Hause nicht zu.

Der Rest des Etats der indirekten Steuern wird angenommen und werden sodann noch einige Beamten-Petitionen theils durch Ueberweisung als Material, theils durch Tagesordnung erledigt.

Morgen (Mittwoch) 11 Uhr: Zentral-Genossenschaftskassen-Novelle und Hochwasser-Vorlage.

Schluß 2¼ Uhr.

Parlamentarisches.

Der Bundesrath hat in seiner am 28. v. M. abgehaltenen Plenarsitzung dem Entwurf zu Bestimmungen über die Wiederholung der statistischen Aufnahme des Heilpersonals die Zustimmung ertheilt. Von den statistischen Uebersichten über die Durchführung der Arbeiterversicherungs-Gesetze im Bereiche der preußischen Heeresverwaltung wurde Kenntniß genommen. Außerdem wurden die Wahlen zu dem provisorischen und zu dem ordentlichen Beirath für das Auswanderungswesen vorgenommen. —

Die Reichstagskommission für die Militär-Strafgerichts-Ordnung befaßte sich heute mit der zurückgestellten Frage des obersten bayerischen Gerichtshofs. Hierzu lagen die Anträge Gröber vor, welche die Anerkennung dieses Gerichtshofes ausgesprochen wissen wollen und nähere Bestimmungen über dessen Verfahren enthalten. Abg. v. Hertling (Z.) führt aus, daß die bayerische Regierung nicht als renitent zu erachten sei, indem sie lediglich ihr gutes Recht wahre. Er wolle aber die Frage, ob Bayern in diesem Falle ein Reservatrecht habe oder nicht, ganz ausscheiden und zugeben, daß der Reichstag nicht kompetent sei, in dieser Frage förmlich zu Gericht zu sitzen. Wohl aber dürfe und müsse der Reichstag die Frage unter dem Gesichtspunkt der politischen Zweckmäßigkeit prüfen und entscheiden, ob es im Interesse der friedlichen Entwickelung gerathen sei, die Wünsche Bayerns, betreffend den obersten Militärgerichtshof für diesen Bundesstaat zu erfüllen. In den dortigen maßgebenden Kreisen sei man überzeugt, einen vertragsmäßig begründeten Rechtsanspruch darauf zu haben. In diesen Kreisen dürfe nicht das Gefühl gekränkten Rechts geweckt werden, sonst führe man Strömungen, die der Ausgestaltung der Rechtseinheit widerstreben, neue Nahrung zu. Die Forderung Bayerns könne sehr wohl gewährt werden ohne die Befürchtung, daß die Thätigkeit des obersten Bayerischen Gerichtshofes zu Differenzen führen könne. Dieser Gerichtshof werde ganz sicher bestrebt sein, jegliche Differenz zu vermeiden.

Der preußische Kriegsminister v. Goßler verliest eine längere Erklärung, die in der Hauptsache dahin geht: Es liege der preußischen Regierung fern, die Gefühle des bayerischen Volkes zu verletzen. Doch habe der Bundesrath bis heute eine definitive Stellung zu der Frage des obersten bayerischen Gerichtshofes nicht genommen. Man wolle den Weg der direkten Verständigung noch immer offen lassen. Praktische Bedeutung gewinne die ganze Frage erst, wenn Reichstag und Bundesrath definitiv beschließen. Er hoffe, daß bei gegenseitigem Entgegenkommen immer noch eine Einigung erzielt werde. Die besondere Stellung Preußens gehe allerdings dahin, daß ein Reservatrecht Bayerns nicht bestehe und daß Bayern eine Ausnahmestellung beanspruche. Der Minister sucht dies aus den Bündniß-Verhandlungen des Jahres 1870 nachzuweisen. Für Preußen seien die Gröber'schen Anträge unannehmbar. Preußen bestehe auf der unveränderten Annahme des § 88 des Einführungsgesetzes zur Vorlage, in der Ueberzeugung, daß es damit dem verfassungs- und vertragsmäßigen Zustande Rechnung trage.

Bayerischer Bevollmächtigter Graf Lerchenfeld-Köfering: Er müsse bestreiten, daß Bayern sich vertragsmäßig der Reichs-Militärgerichtsbarkeit unterstellt habe, mit der Maßgabe, daß es auf seine oberste Instanz Verzicht leiste. Der Standpunkt seiner Regierung sei folgender: Dieselbe ziehe aus Abs. 1 des § 5 der Verfassung den Schluß, daß ohne Zustimmung Bayerns sich das Reich nicht die Gerichtsbarkeit über das bayerische Kontingent beimessen könne. Bei Gründung des Reiches habe man nicht daran gedacht, daß die Rechtseinheit so aufzufassen sei, wie es jetzt seitens der preußischen Regierung geschehe. Man habe die Voraussetzung gehabt, daß die bayerische Armee völlig selbständig bleiben solle. Die preußische Auffassung sei nicht zutreffend. Er stimme den Ausführungen des Abg. v. Hertling in vollem Umfange bei.

Abg. Bassermann (natl.): Auch er halte es für bedenklich, daß man per majora die Frage entscheide, wenn man in Bayern, gestützt auf die Volksvertretung und die Volksmeinung, ein Reservatrecht beanspruche. Er und seine politischen Freunde werden in der ersten Lesung gegen den Antrag Gröber stimmen, ohne damit der Abstimmung in zweiter Lesung zu präjudiziren.

Abg. Dr. Lieber (Z.) fragt, ob es sich empfehle, den Reichtag, so lange noch Verhandlungen zwischen den verbündeten Regierungen schweben, als Keil zwischen die beiden bedeutendsten Bundesstaaten zu treiben. Das könne man nicht wünschen. Was Bayern recht sei in dieser Angelegenheit, sei Preußen billig. Da sei die Stellungnahme eine außerordentlich schwierige. Nach seinem Dafürhalten sei die Frage jetzt nicht im Reichstage zum Austrag zu bringen, sondern zu vertagen in Erwartung einer Verständigung zwischen den Regierungen. Ohne eine Bestimmung über die bayerische Sonderstellung werde es nicht gehen. Man möge zunächst § 88 des Einführungsgesetzes dahin abgeändert annehmen, daß die Angelegenheit betr. Bayerns anderweitig gesetzlich geregelt werde.

Abg. Oertel (Soz.): Seine Freunde würden für die Anträge Gröber stimmen. Die Hoffnung auf eine Verständigung zwischen Preußen und Bayern könne er nicht mehr theilen.

Graf Bernstorff (Rp.) erklärt sich für Vertagung der Entscheidung im Sinne Liebers. Abg. v. Puttkamer (k.) und Abg. Dr. Görtz (frs. Vg.) sind für einfache Annahme des § 88 des Einführungsgesetzes. Es wird darauf über die Tendenz des Antrages Gröber abgestimmt. Diese wird gegen die Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokratie abgelehnt. § 88 des Einführungsgesetzes bleibt darnach bestehen, welcher lautet: „Die Militär-Strafgerichts-Ordnung und dieses Gesetz kommt in Bayern nach näherer Bestimmung des Bündnißvertrages vom 23. November 1870, in Württemberg nach näherer Bestimmung der Militärkonvention vom 21./25. November 1870 zur Anwendung. Die Einrichtung der obersten militärgerichtlichen Instanz mit Rücksicht auf die Verhältnisse Bayerns wird besonders geregelt.“

Hierauf wird in die zweite Lesung der Militär-Strafprozeß-Ordnung eingetreten. Die §§ 1—45 erfahren nach Anträgen Gröber's nur unwesentliche Abänderungen gegen die Beschlüsse erster Lesung. § 46 bestimmt, daß die Kriegsgerichte aus zwei Kriegsgerichtsräthen und drei Offizieren bestehen sollen, während die Regierungsvorlage einen Kriegsgerichtsrath und vier Offiziere vorgesehen hatte. Abg. Dr. Görtz (frs. Vg.) beantragt die Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Der Antrag wird vom Minister v. Goßler und Generalauditeur Ittenbach befürwortet, indessen nach längerer Debatte abgelehnt und der Beschluß erster Lesung aufrecht erhalten. Im § 78 war in der ersten Lesung gesagt worden, daß die Senate der Oberkriegsgerichte in der Besetzung von drei militärischen und vier juristischen Mitgliedern entscheiden. Hier wurde auf Antrag Placke (natl.) folgende abgeänderte Fassung beschlossen: „Die Senate beschließen und entscheiden in der Besetzung von vier militärischen und drei juristischen Mitgliedern mit Einschluß des Vorsitzenden; sie beschließen in der Besetzung von vier juristischen und drei militärischen Mitgliedern mit Einschluß des Vorsitzenden, wenn das Rechtsmittel der Revision lediglich auf die Verletzung prozessualer Vorschriften oder eines Rechtsgrundsatzes der allgemeinen bürgerlichen Strafgesetze gestützt wird.“ § 172 handelt von der vorläufigen Festnahme. In der Regierungs-Vorlage war bestimmt worden, daß im Offiziersrang stehende und in Uniform befindliche Angehörige der Armee durch Polizeibeamte nur festgenommen werden dürfen, wenn sie bei Begehung eines Verbrechens auf frischer That betroffen werden. Die Kommission hat diese Bestimmung gestrichen. Abg. v. Levetzow (k.) beantragte Wiederherstellung der Regierungsvorlage und Minister v. Goßler befürwortete den Antrag. Die Vorschrift des Entwurfs sei nothwendig zur Vermeidung von Konflikten und um den unnützen Waffengebrauch der Offiziere zu verhindern. Abg. v. Puttkamer erklärt, die Folgen einer Festnahme seien für den Offizier zu schwer und infolge dessen könnten leicht Konflikte entstehen; die Verhaftung des Offiziers mache ihn für seine Stellung unmöglich. Daher seien die Bestimmungen des Entwurfs wieder herzustellen; diese Frage sei für ihn entscheidend für die Annahme des ganzen Gesetzes. Abg. Frohme erklärt, daß die Ausführungen des Abg. v. Puttkamer, wenn er sie im Plenum wiederhole, einen Sturm der Entrüstung hervorrufen würden. Weshalb sollte denn der festgenommene Offizier unmöglich in seinem Stande werden, während sich Zivilpersonen irrthümliche Festnahmen tagtäglich in zahlreichen Fällen gefallen lassen müssen. Nach lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Abgg. v. Puttkamer und Gröber wird die weitere Debatte und Abstimmung über den Antrag auf Donnerstag vertagt.

Die sechste Kommission des Reichstages erledigte heute bei Berathung der Novelle zur Konkursordnung den wichtigen vom „Zwangsvergleich“ handelnden Titel. Nach längerer Debatte wurde ein Antrag, daß der Zwangsvergleich auf Antrag eines Gläubigers verworfen werden solle, wenn er nicht mindestens 25 pCt. gewährt, abgelehnt, dagegen mit 8 gegen 6 Stimmen beschlossen, daß einem Zwangsvergleich die Bestätigung versagt werden kann, wenn unverhältnißmäßig wenig gewährt wird und der Konkurs durch das Verschulden des Gemeinschuldners herbeigeführt ist. Die Anträge Rintelen wegen „Wiederbefähigung des Gemeinschuldners“ wurden abgelehnt beziehungsweise zurückgezogen. Die Berathungen werden Donnerstag fortgesetzt.

Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Reichstages, Graf Hompesch, hat ein Rundschreiben an die Mitglieder der Fraktion gerichtet, in dem er sie erneut zum pünktlichen Erscheinen mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der bevorstehenden Verhandlungen ersucht.

Wahlbewegung.

In Lübeck ist Herr Direktor Gebhard als nationalliberaler Kandidat nominirt worden. Das Lübecker Parteiorgan erinnert daran, daß Herr Gebhard bereits Abgeordneter war. Er vertrat von 1884

bis 1891 den 19. hannoverschen Wahlkreis **Otterndorf-Neuhaus** und war Mitglied der nationalliberalen Partei, welche damals selbstverständlich auch bei der Verlängerung des Sozialistengesetzes mit behilflich war. Sein Nachfolger war, als er 1891 sein Mandat niederlegte, um nach Lübeck überzusiedeln, Bismarck in höchsteigener Person.

Die Aussichten des sozialdemokratischen Kandidaten in **Hagen-Schwelm** (Genosse Timm) sind nach der Meinung unseres **Elberfelder** Parteiorgans die sehr gute. Der jetzige Inhaber des Mandats, Eugen Richter, dürfte nach Ansicht des genannten Blattes kaum noch in die Stichwahl gelangen, das gehe deutlich aus den Wahlziffern hervor. Das Elberfelder Blatt schreibt: „Bei der Wahl 1890 stellte die Zentrumspartei in **Hagen** keinen eigenen Kandidaten auf, sondern stimmte gleich im ersten Wahlgang für Richter; bei der Wahl 1893 änderte sich das Bild bedeutend durch das selbständige Auftreten des Zentrums in diesem Kreise. Die folgenden Ziffern veranschaulichen das Bild recht drastisch. Es entfielen im ersten Wahlgange Stimmen auf

	Sozialdemokrat	Freisinn	Zentrum	Nationalliberal
1890:	5221	12 287	—	3794
1893:	6914	9 659	2992	6771

Aus dieser Zusammenstellung geht klar hervor, daß die Stimmen der Zentrumspartei vom Jahre 1893 bei der Wahl 1890 in der Stimmenzahl für den Freisinn enthalten sind.

Während 1890 Eugen Richter im ersten Wahlgang noch gewählt wurde, war 1893 Stichwahl nothwendig, die folgendes Ergebniß hatte:

Sozialdemokrat	Freisinn
6773	13 060

Bei der riesigen Entwickelung, die dieser Wahlkreis in den letzten 5 Jahren durchgemacht hat und angesichts des Umstandes, daß innerhalb dieser Zeit die Nationalliberalen dem Freisinn die stets innegehabten Landtags-Mandate abgenommen haben, ist anzunehmen, daß bei der bevorstehenden Reichstagswahl die Nationalliberalen soweit erstarkt sind, daß sie in bezug auf die abgegebene Stimmenzahl in die zweite Linie aufrücken und mit uns in die Stichwahl kommen werden, während der Freisinn gleich im ersten Wahlgang ins Hintertreffen geräth."

In **Wetzlar-Altenkirchen** ist als Kandidat der vereinigten Konservativen und Nationalliberalen der konservative Regierungsrath Stackmann aus Koblenz, früher Landrath des Kreises, ins Auge gefaßt. Bisher war der nationalliberale Fabrikant Krämer aus Kirchen a. d. Sieg zweimal Vertreter von Wetzlar. Nach Uebereinkommen der zwei Parteien soll aber die Wahl wechseln. Schon das vorige Mal war „eigentlich der Konservative an der Reihe." — Auch ein Geschäft!

In der **Rheinpfalz**, so schreibt eine Zentrumskorrespondenz, wird das Zentrum in **Germersheim** und **Zweibrücken** alle Kräfte einsetzen, um endlich den Sieg über die Nationalliberalen zu erringen.

Wie die **Nationalsozialen** die Reaktion bekämpfen, zeigt deutlich ein Brief, den Herr Rechtsanwalt Martin, der in **Leipzig-Land** als nationalsozialer Kandidat aufgestellt ist, an die „Leipz. Neuest. Nachr." geschrieben hat. Dort heißt es: „Die Aufstellung einer nationalsozialen Kandidatur in Leipzig-Land soll keine Zersplitterung der Ordnungsparteien im Kampfe gegen die Sozialdemokratie und eventuell für die Flottenvorlage zur Folge haben. Bei den Reichstags-Wahlen im Jahre 1893 wurden in Leipzig-Land 33 349 sozialdemokratische und 18 914 Stimmen der Ordnungsparteien abgegeben. Nach diesem Resultat darf man wohl annehmen, daß weder die Nationalliberalen noch die Reformpartei irgend welche Hoffnung habe, den 13. Wahlkreis bei der bevorstehenden Wahl zu erobern. Wenn wir recht unterrichtet sind, ist auch von diesen Parteien höchstens eine Zählkandidatur in Aussicht genommen. Wir National-Sozialen glauben dagegen bessere Chancen zu haben; denn bei der Nachwahl 1897 im Kreise Plön-Oldenburg haben wir den Sozialdemokraten reichlich 500 Stimmen, ein Sechstel ihres Bestandes bei der 93er Wahl, abgenommen. Wir rechnen darum darauf, daß uns die Ordnungsparteien in Leipzig-Land keinen Kandidaten entgegenstellen werden. In dieser Erwartung und um eine Zersplitterung zu vermeiden, haben wir unsererseits beschlossen, in Leipzig-Stadt zunächst von einer eigenen Kandidatur abzusehen." — Diese Offenheit des national-sozialen Herrn Kandidaten ist sehr anzuerkennen, trägt sie doch dazu bei, diese Herren, die sich so gern ein arbeiterfreundliches Air geben, in ihrer wahren Gestalt zu kennzeichnen. **Nach** den Wahlen werden sie das wahrscheinlich noch viel offener thun.

Von **München** meldet uns ein Privattelegramm: Vorgestern Abend, den 28. Februar, sind in einer großen Wählerversammlung die Genossen Birk und Vollmar wiederum als Reichstags-Kandidaten für München I und II aufgestellt worden. — Die **Bamberger** Parteigenossen stellten nach einem Vortrag des Genossen Oertel-Nürnberg den Arbeitersekretär Dorn von Nürnberg auf. — Zentrumsblätter melden: „Endlich nach längerem Schwanken ist die Entscheidung für die Wahlkreise Kronach-Lichtenfels und Neustadt a. d. Waldnaab gefallen. Im ersteren kandidirt Dr. Heim, im letzteren Frhr. v. Pfetten."

Partei-Nachrichten.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee für Reuß j. L. fordert in einem Aufrufe zur Reichstagswahl die Parteigenossen auf, ungesäumt die Bildung von **Lokal-Wahlkomitees** vorzunehmen; in Orten, wo dies nicht möglich ist, soll ein rühriger Parteigenosse mit der Agitation betraut werden.

Aus Holland wird uns geschrieben: Der **Jahreskongreß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei** wird diesmal zu Ostern in **Amsterdam** abgehalten. Den Hauptpunkt der Verhandlungen wird vermuthlich die Debatte über die Haltung der Partei-Abgeordneten in der Zweiten Kammer bilden. Besonders sind es einige Aeußerungen **Van Kol's** bei der Berathung des Kriegsetats, worüber eine lebhafte Diskussion zu erwarten ist. Es sind dabei Fragen zu erörtern, die von den holländischen Sozialisten bis jetzt noch nie eingehend untersucht worden sind und über welche viel Unklarheit und Meinungsverschiedenheit herrscht. Hoffentlich wird der Kongreß die richtige Lösung finden. Zum Vorabend des Kongresses hat der Parteivorstand ein großes Meeting nach Amsterdam einberufen, wozu man **Georg Barnes**, den Leiter des englischen Maschinenbauer-Streiks, ferner **Bebel**, **Anseele** und **Jaurès** als Redner einladen wird. Möge diese Kundgebung in dem noch immer stark anarchistisch durchsetzten Amsterdam aufklärend wirken.

Die Verwirrung im **Nieuwenhuis'**schen Sozialistenbund steigert sich täglich. Verschiedene Zweigvereine trennen sich von der sterbenden Organisation, um entweder in ganz anarchistischer, oder in ganz sozialdemokratischer Richtung zu wirken. Unter den Uebrigbleibenden ist jetzt ein Streit um die Besitzthümer des Bundes entbrannt. Das schönste ist wohl, daß der Amsterdamer Zweigverein, dazu vom letzten Kongreß beauftragt, für den anti-parlamentarischen Bund einen parlamentarisch gesinnten Vorstand gewählt hat. Es kann aber kommen, daß der Vorstand schon in kurzer Frist gar nichts mehr „vorzustehen" haben wird.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Herr Goldschmidt, Redakteur des Hirsch-Duncker'schen „Gewerkverein" sendet uns auf unsere gestrige Notiz, die sich gegen die von ihm in einer Magdeburger Gewerkvereins-Versammlung gemachten Aeußerungen richtete, eine Richtigstellung, nach der sich der Hergang der Sache allerdings in einem etwas anderen Lichte darstellt. Danach hat Herr Goldschmidt in jener Versammlung nur jene bekannte Thatsache in die Debatte gezogen, daß Millarg Gelder, die nicht durch das **Gewerkschaftsbureau**, sondern durch eine große Berliner Gewerkschaft **direkt** an die englischen Maschinenbauer abgeführt worden sind, als Einnahme und Ausgabe des Gewerkschaftsbureaus in der Abrechnung mit figuriren ließ. Ob unser Gewährsmann, dessen Objektivität und Wahrheitsliebe wir keine Ursache haben, in Zweifel zu ziehen, in diesem Falle von anderen dupirt war, oder ob Herr Goldschmidt diesen an sich harmlosen Fehler Millarg's in einer Weise dargestellt hat, daß er leicht mißverstanden werden konnte, vermögen wir im Augenblick nicht festzustellen.

Eine stark besuchte Bäckerversammlung, die gestern Nachmittag in der Tonhalle tagte, nahm nach einem Referate des Reichstags-Abgeordneten **Molkenbuhr** eine Protestresolution gegen den Posadowsky'schen Erlaß an.

Eine Vereinigung aller nicht-sozialdemokratischer Arbeiter Berlins auf christlicher Grundlage empfiehlt der Reichstags-Abgeordnete Prof. Dr. Hitze gestern in einer vom Verein Arbeiterschutz einberufenen Versammlung. Der Redner beklagte, daß in der Sozialpolitik gegenwärtig ein gewisser Stillstand eingetreten sei. Zu einem Theile sei daran Schuld die „gehässige Beurtheilung" aller arbeiterfreundlichen Maßregeln durch die Sozialdemokratie und die Interesselosigkeit der nichtsozialdemokratischen Arbeiter. Der Zusammenschluß aller nicht sozialdemokratischen Elemente sei um so nöthiger, je mehr der „Terrorismus der Sozialdemokratie wachse". — Wir bitten Herrn Dr. Hitze um Entschuldigung, wenn wir ihn bisher nicht die Geschmacklosigkeit zugetraut hatten, daß auch er mit diesem verbrauchten Stumm'schen Schlagworte hausiren gehen könne.

Die Vertreter des Genfer Verbandes und des deutschen Kellnerbundes sind vor einigen Tagen im **Reichsamt des Innern** vom Geh. Regierungsrath **Koch** empfangen worden, um die Wünsche der Gastwirthsgehilfen bezüglich der Schutzgesetzgebung im Gastwirthsgewerbe vorzutragen. Der Sprecher der Abordnung formulirte die Forderungen der Gastwirthsgehilfen dahin, daß mindestens ein halber Ruhetag wöchentlich oder ein ganzer alle 14 Tage nöthig seien, von denen einer alle vier Wochen auf einen Sonntag fallen müsse, um den Kirchenbesuch zu ermöglichen. Ferner sprach er sich für ein Verbot der Nachtarbeiten der Lehrlinge, sowie für den Maximalarbeitstag und eine Mindestruhezeit von mindestens 8 Stunden aus. Geheimrath Koch bezweifelte die praktische Durchführbarkeit dieser Forderung, da hier ganz andere Verhältnisse als im Bäckereigewerbe vorlägen. Ob das seiner Zeit von der Regierung in Aussicht gestellte Spezialgesetz für die Kellner in absehbarer Zeit dem Reichstag vorgelegt werden würde, darüber war „mit voller Sicherheit eine unzweideutige Auskunft nicht zu erlangen". Geheimrath Koch erklärte, **die soziale Gesetzgebung gehe weiter**, nur könne sie nicht in dem erwarteten raschen Tempo erfolgen, weil es sich um sehr viele Gewerbe handle. — Wie wir hören, soll in Berlin demnächst eine Versammlung von Gastwirthsgehilfen stattfinden, welche gegen die mehr als bescheidenen Forderungen der genannten Abordnung Protest einlegen wird.

Eine von den Handschuhmachern Berlins zu Montag, den 28. Februar, in das Lokal von **Hirthe**, Elisabethkirchstraße, einberufene **öffentliche Versammlung**, in welcher zur internationalen Föderation Stellung genommen werden sollte, wurde verboten, weil das Lokal den polizeilichen Vorschriften in betreff öffentlicher Versammlungen nicht entspricht. Die Versammlung findet daher acht Tage später statt.

Die Maurer von Groß-Lichterfelde hatten an den Maurermeister **Deuming** die Forderung gestellt, den neunstündigen Arbeitstag bei 55 Pf. Stundenlohn einzuführen. Herr Deuming hat die Forderung abgelehnt; die Arbeiter werden heute Abend in einer öffentlichen Versammlung dazu Stellung nehmen.

Deutsches Reich.

Der Verband deutscher Müller und verwandter Berufsgenossen, dessen Sitz **Altenburg** ist, hält vom 9.—11. April d. J. in **Erfurt** im Restaurant zur Lützelburg seinen **ordentlichen Verbandstag** ab. Die vorläufige Tagesordnung lautet: 1. Bericht der Hauptverwaltung über die verflossene Geschäftsperiode; 2. Bericht des Ausschusses; 3. Arbeitslosen-Unterstützung; 4. Berathung über die eingegangenen Anträge; 5. Wahl der Verwaltungen; 6. Die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit und Einführung vollständiger Sonntagsruhe im Müllergewerbe.

Die Schiffszimmerer in Rathenow haben am Montag die Arbeit eingestellt. Sie fordern Erhöhung des Stundenlohnes um 3 Pf. Bisher betrug ihr höchster Lohnsatz 30 Pf., der niedrigste 25 Pf. Die Zahl der Ausständigen beträgt 42; davon sind 31 verheirathet. Die Aussichten des Streiks werden als günstig geschildert; die Arbeit dränge und die in der Umgebung von Rathenow beschäftigten Zimmerer seien ebenfalls mit Arbeit überhäuft und zudem organisirt, so daß es den Schiffsbaumeistern, die sich übrigens auf die Hartnäckigkeit des Unternehmer-Verbandes berufen, schwer fallen werde, andere Arbeitskräfte herbeizuschaffen. Es ist wohl zu erwarten, daß es angesichts der bescheidenen Forderung der Schiffszimmerer Rathenows bald zu einer Einigung kommt.

In Mühlhausen i. Th. haben die **Maurer**, nachdem die Meister mit der Lohnkommission absolut nicht verhandeln wollten, das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen. — In mehreren **Färbereien** sind infolge von Lohndifferenzen zahlreiche Arbeitsniederlegungen vorgekommen.

26 Holzbildhauer der Firma **Fritzsche u. Schubert** in **Potschappel** stellten am Montag die Arbeit ein. Sie fordern unter anderen: Aufstellung eines Lohntarifs und Erhöhung der Akkordsätze um 25 pCt.

In einer Maurerversammlung in Zwickau wurde gerügt, daß für die **Niederreißung der Kasernen-Ruine** trotz dieser lebensgefährlichen Arbeit an Maurer wie Handarbeiter geringere Löhne gezahlt werden, als ortsüblich ist, nämlich nur 22 bis 34 Pf., während die Innung im vorigen Jahre den Lohn auf 35 Pf. pro Stunde für Maurer festgesetzt hat und einzelne Baumeister 36 Pf. zahlen. Reichstags-Abgeordneter **W. Stolle** soll davon in Kenntniß gesetzt werden, um gelegentlich diese Thatsache im Reichstage vorzubringen. In die Lohnbewegung soll dieses Jahr schon am 1. März eingetreten werden, man will den Stundenlohn auf 38 bis 40 Pfg. normiren.

Zum Ersatz der streikenden Steinarbeiter in Sulzfeld war ein Trupp **Italiener** angeworben worden. Keiner von ihnen trat aber in Arbeit, nachdem sie von dem Stand der Dinge unterrichtet waren.

In München sind die Differenzen, die zwischen dem Tapezierermeister **Fried** und den von ihm beschäftigten Schreinern bestanden, als beigelegt zu betrachten. Die Vorstandschaft der Meistervereinigung hat mit der Lohnkommission der Schreiner und den Ausständigen unterhandelt. Das Resultat ist folgendes: Fried verpflichtet sich, die eigenmächtig aufgestellte Werkstattordnung zurückzuziehen. An deren Stelle tritt die Werkstattordnung der Meisterschaft unter Beibehaltung der 9¾stündigen Arbeitszeit. Weiter hat Fried für die siebentägige Aussperrung an die 24 Ausgesperrten den vollen Tagelohn zu zahlen.

Soziales.

Die deutschen Berufsgenossenschaften halten am 29. März in **Berlin** ihren 12. **ordentlichen Berufsgenossenschaftstag** ab. U. a. soll verhandelt werden: über die Frage der Ausbildung von Betriebsangestellten im Samariterdienst; über Gewährung von Sonderzuschüssen an in Kranken- und Rekonvalescentenhäusern befindliche Verletzte zur Bestreitung kleinerer Ausgaben; ferner über die Frage, ob und welchen Einfluß das Patentgesetz auf die Unfallverhütungsbestrebungen und auf die Einführung von Schutzvorrichtungen hat.

„Wir werden schon dafür sorgen, daß Sie am längsten Häuer gewesen sind." Diese Drohung mit der Maßregelung stieß, wie wir jüngst berichteten, der **Amtsanwalt** in **Königshütte** (O.-S.) in einer Schöffengerichts-Verhandlung einem Bergmanne gegenüber aus, der der unbefugten Verbreitung sozialistischer Schriften angeklagt war, aber **freigesprochen** wurde. Dieser Bergmann, **Schellert** mit Namen, ist nun **thatsächlich entlassen** worden. Er arbeitete auf der fiskalischen Königsgrube. Nachdem er die Kündigung erhalten hatte, fragte er den kgl. Bergwerksdirektor **Dobers** nach dem Grunde seiner Entlassung. Dieser antwortete ihm: „Sie wissen doch, daß Sie letzt wegen Verbreitung sozialistischer Schriften vor Gericht gestanden haben; Sozialdemokraten können wir auf der Königsgrube nicht brauchen." Wiederum hat also hier ein königlicher Beamter durch seine klaren Worte offen ausgesprochen, daß er einen Arbeiter seiner politischen Gesinnung wegen entläßt. Inwiefern und ob der Königshütter Amtsanwalt mit der Entlassung Schellert's in Verbindung steht, geht aus den Worten des Bergwerksdirektors nicht hervor. Ohne Sozialdemokraten würde übrigens Herr Dobers schlecht auskommen.

Die Gewerkschaft Vereinigte Karolinenglück in Hamme, in deren Bereiche das bis jetzt größte Grubenunglück Preußens sich zutrug, hatte bekanntlich den Bergleuten eine 10prozentige Reduktion des Gedinges (des Akkordlohnes) angekündigt. Wie es heißt, soll diese Lohnreduktion nun unterbleiben. Die Gewerkschaft würde trotzdem noch lange nicht am Hungertuche nagen. Im Jahre 1896 vertheilte sie pro Kux **150** M., im Jahre 1897 aber **350** M. Die „Rheinisch-Westfäl. Arb.-Ztg.", die diese Angaben macht, theilt dann gegenüber der Behauptung bürgerlicher Blätter, für die Hinterbliebenen der verunglückten Bergleute sei **auskömmlich** gesorgt, folgendes mit: „Es sind viele Hinterbliebene, denen erst das Schiedsgericht zu einer Rente verhelfen muß, da es nach Ansicht der Sektion strittig ist, ob der betr. Verunglückte der einzige Ernährer war. Und wie hoch ist die Rente? Es sind Frauen mit 5 und mehr Kindern. Mehr als 6—700 M., d. h. zirka 50 M. pro Monat, bekommt keine Wittwe. Nun sind aber genug da, die nur 2—300 M., also pro Monat noch nicht mal 30 M. erhalten."

Gegen das sogenannte Verblenden der Schaufenster an **gesetzlichen Sonn- und Feiertagen**, das vom Oberpräsidenten der Provinz **Westfalen** angeordnet worden ist, beschloß der Verband der kaufmännischen Vereine von Rheinland und Westfalen auf seinem Verbandstage zu Dortmund, im Wege der Petition vorstellig zu werden und erforderlichenfalls die Entscheidung der Gerichte herbeizuführen.

Bayerische Gewerbe-Inspektion. Das bayerische Ministerium des Innern hat in einem Rundschreiben an die **Kreisregierungen** die Pflege des Verkehrs der Gewerbe-Aufsichtsbeamten mit den Unternehmern und Arbeitern, insbesondere die Schaffung geeigneter Vermittelungsorgane zwischen jenen und den Arbeitern und Arbeiterinnen, ferner die Revision der Betriebsarten, die durch die übermäßig lange Arbeitszeit oder durch die Beschäftigungsweise gesundheitsschädigend wirken, sowie die Ueberwachung der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und die Förderung des gewerblichen Fachschulwesens der Aufmerksamkeit empfohlen. Sodann ist angeordnet, daß für das Jahr 1898 von den Fabrik- und Gewerbeinspektoren die **Lohnverhältnisse** und die **Arbeitszeit**, dann die Verhältnisse des **Lehrlingswesens** im **Schneidereibetriebe** genau ermittelt und die Ergebnisse in den Jahresberichten niedergelegt werden. Angesichts der Zusammenstellung der Jahresberichte, wonach im vorigen Jahre 45,8 pCt. der Fabriken und 36,1 pCt. der Betriebe mit über fünf Arbeitern revidirt worden sind, bezeichnet die Regierung eine Steigerung der Revisionsthätigkeit in dem Sinne, daß die Fabriken, sowie die Betriebe mit über fünf Arbeitern mindestens alljährlich zur Hälfte inspizirt werden, als dringend wünschenswerth. Die Ortspolizeibehörden sollen diese Aufgabe der Gewerbe-Aufsichtsbeamten dadurch erleichtern, daß sie die Durchführung der rein formellen Vorschriften eifrig überwachen. Schließlich wird in dem Rundschreiben bemerkt: „Die Beschaffung gesunder, zweckentsprechender und wohlfeiler Arbeiterwohnungen erweist sich immer mehr als Bedürfniß, dessen Befriedigung im allgemeinen Interesse liegt und wohl am besten durch die in erster Reihe betheiligten Gemeinden erfolgt. In dieser Beziehung wird auf das im unterfränkischen Jahresbericht für 1897 erwähnte Vorgehen der Städte Schweinfurt und Würzburg verwiesen, das die weiteste Nachahmung verdient. Es ist nach Thunlichkeit darauf hinzuwirken, daß in jenen Gemeinden, in denen nach den Beobachtungen der Gewerbe-Aufsichtsbeamten die Wohnverhältnisse der Arbeiterbevölkerung mißliche sind, die Gemeindevertretungen sich mit deren Verbesserung befassen und, soweit nicht durch die Unternehmer oder Vereine Abhilfe zu erwarten ist, selbst mit der Errichtung von Arbeiterwohnungen vorgehen."

Was sagt Herr v. **Stumm** zu diesem Rundschreiben?

Die Schuhmacherei als Hausindustrie. Im **Spalter Hopfenlande**, einige Meilen von Nürnberg entfernt, ist durch das Darniederliegen des Hopfenbaues die Bevölkerung in eine wirthschaftliche Nothlage gerathen, die von den **Vereinigten Fränkischen Schuhfabriken in Nürnberg**, einem der größten Unternehmen seiner Art in Deutschland, dazu benutzt wurde, die Bevölkerung mit der Einführung der Schuhfabrikation als **Hausindustrie** zu „beglücken". Der Stadtmagistrat von **Spalt**, der darauf bedacht ist, seine Steuerpflichtigen zahlungsfähig zu erhalten, gab dazu den Anstoß und die Gesellschaft beeilte sich, ihren Vortheil zu wahren. Ein Werkmeister wurde nach Spalt gesandt, der den Leuten die nöthigen Handgriffe beibringen mußte. Jetzt ist die Schusterei bereits flott im Gange. Einer unserer Parteifreunde hatte jüngst Gelegenheit, aus dem Munde der Heimarbeiter selbst zu hören, wie hoch der Verdienst ist, der nach den ihnen gemachten Versprechungen ein sehr „lohnender" sein sollte. Eine Familie von drei Personen, die fast täglich von früh 5 bis nachts 11 oder 12 Uhr angestrengt arbeitet, auch Sonntags, verdient pro **Woche 15 Mark**, eine andere dreiköpfige Familie brachte es in **drei Wochen auf 10 Mark**. Man vertröstet die Leute damit, daß sie später mehr verdienen würden, wenn sie sich einmal eingearbeitet haben, aber viel mehr wird auch nicht herausschauen, da später wohl auch die üblichen Lohnreduktionen nicht auf sich warten lassen werden. Die Arbeiter, die in den Fabrikbetrieben der Firma beschäftigt sind (ca. 1500), stehen einer schweren Gefahr gegenüber, da die Gesellschaft in letzterer Zeit immer mehr das Bestreben an den Tag gelegt hat, sich die ländlichen Arbeitskräfte zu nutze zu machen. Sie können dieser Gefahr nur begegnen durch rechtzeitige Kräftigung ihrer Organisation und durch Gewinnung der Heimarbeiter für dieselbe.

Das Stuttgarter Polizei-Amt veröffentlichte eine Bekanntmachung an die **Bäcker**, worin auf die ungenügende Innehaltung des Maximal-Arbeitstages hingewiesen und zum Schluß gesagt ist, die Zuwiderhandlungen schienen vielfach daher zu rühren, daß man hoffe, die Bundesrathsverordnung werde abgeändert werden. Demgegenüber erklärt das Polizei-Amt, es müsse und werde die Verordnung ausführen, so lange sie bestehe.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Nordhausen, 1. März. (W. T. B.) Das Ministerium von Schwarzburg-Rudolstadt hat gestern auf Befehl des Fürsten die Hergabe des Langenthales auf dem Kyffhäuser zur Verwendung als Platz für die Nationalfestspiele abgelehnt.

Galatz, 1. März. (B. H.) Der rumänische Postdampfer „Meteor" scheiterte unweit Varna. Die Passagiere wurden gerettet; die Post ist jedoch verloren.

Budapest, 1. März. (B. H.) Die Donau steigt; aus den Niederungen werden große Ueberschwemmungen gemeldet.

Arad, 1. März. (B. H.) In der letzten Nacht fand bei der Station Gyoroets ein Zusammenstoß zweier Lastzüge statt. Zehn Waggons wurden zertrümmert; vom Zugpersonal wurden mehrere schwer verletzt.

London, 1. März. (W. T. B.) Das „Reuter'sche Bureau" meldet aus Adelaide von gestern, die Bark „Präsident Felix Faure" aus Barry berichtet, sie habe während eines Sturmes am 2. Februar zwölf Matrosen, den zweiten Steuermann und drei Schiffsjungen verloren. Sämmtliche Personen seien über Bord geschwemmt worden.

Sidney, 1. März. (W. T. B.) Ein überaus heftiger Orkan in Neu-Kaledonien verwüstete die Kolonie und richtete unter den Schiffen großen Schaden an. Das französische Kanonenboot „Loyalité" ist gesunken.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

53. Sitzung. Dienstag, 1. März 1898, 2 Uhr.

Am Bundesrathstische: Dir. v. Schulz.

Die Berathung des Etats des Reichs-Eisenbahnamts wird fortgesetzt beim Titel „Präsident". Dem in unserer letzten Nummer veröffentlichten Antrag Dr. Pachnicke (frs. Vg.) liegt ein Unterantrag des Frhrn. v. Stumm vor, welcher verlangt:

sub a die Worte „wie sie in letzter Zeit" und „vorgekommen ist" zu streichen.

Abg. Dr. **Hammacher** (natl.): Die Klagen über die Entwickelung der Thätigkeit und des Ansehens des Reichs-Eisenbahnamtes haben ihre Ursache darin, daß durch den Druck der Machtverhältnisse der Eisenbahn-Verwaltungen der einzelnen Staaten das Reichs-Eisenbahnamt daran verhindert wurde, seine Thätigkeit in ausreichendem Maße zu entfalten. Die möglichst einstimmige Annahme des Antrages Pachnicke durch den Reichstag wird die Bedeutung des Reichs-Eisenbahnamtes erhöhen. Es hat von Gesetzes wegen ein weitgehendes Aufsichtsrecht über die Staatsbahnen. Das Gesetz bietet in seinem § 1 ausdrücklich die Handhabe, die nothwendigen Kräfte zu vermehren, da es die Anstellung von Reichs-Eisenbahn-Kommissarien vorsieht. Ich glaube, daß der Reichstag die hierzu nothwendigen Mittel nie versagen wird. (Beifall bei den Nationalliberalen.) Der Herr Direktor des Reichs-Eisenbahnamts ist der Ansicht, daß das weitere Inanspruchnehmen der Kräfte nur berechtigt sei, wenn die Betriebsarbeit dies direkt erfordert. Es ist aber nothwendig, daß man Prohibitivmaßregeln trifft. Wenn z. B. eine Bahnstrecke oder ein Bahnhof sich in einem Zustand befindet, daß er die Betriebssicherheit unter gewissen Umständen gefährden könnte — wie dies in Bohwinkel der Fall war — so hat die Verwaltung das Recht und die Pflicht, den Umbau des Bahnhofs zu verlangen; die erforderlichen Mittel werden schon aufgebracht werden. Die Rücksicht auf das finanzielle Ergebniß darf die Regierung nicht davon abhalten, diejenigen Maßnahmen zu treffen, die im Interesse der Sicherheit nothwendig sind. Eine Verquickung der Eisenbahnverwaltung mit der allgemeinen Finanzverwaltung, wie sie leider in Preußen der Fall ist, führt nothwendigerweise zu einer Verschleierung des Blicks den Betriebserfordernissen gegenüber. Ein preußischer Minister müßte ein Gott sein, wenn er bei dieser engen Vereinigung nicht stets an die Finanzen denken würde, mögen die Ausgaben auch noch so nothwendig sein. Bei der Verstaatlichung der Eisenbahnen hat man an diese Konsequenzen nicht gedacht; von einer privaten Gesellschaft würde die Regierung rücksichtslos verlangen, daß sie alle die für die öffentliche Sicherheit nothwendigen Einrichtungen treffe; das Interesse der Aktionäre würde sie da wenig angehen. Und nun bringt uns die vorher so gerühmte Verstaatlichung diese Rücksicht auf die Finanzen. (Beifall bei den Nationalliberalen.) Ich habe den Ausdruck „das System hat Bankrott gemacht" nicht gemacht, hätte ich ihn aber gebraucht, so hätte er, in etwas krasser Weise freilich, den gegenwärtigen Zustand treffend bezeichnet. (Beifall bei den Nationalliberalen.) Es ist unbillig, wenn man immer wieder den Minister Thielen für alle Eisenbahnunfälle verantwortlich macht. Die Schuld liegt in dem Systeme selbst. Es giebt eine große Anzahl technischer Einzelheiten, die geradezu eine beständige Quelle der Unfälle bilden, auf die man bei uns aber nicht das genügende Gewicht legt. Ich nenne nur die Niveaukreuzungen, die anderswo, zum Beispiel in England, bei der Konzessionirung von Bahnen die allergrößte Rolle spielen. Das wichtigste bleibt aber die genügende Ausbildung der Beamten, und diese wird durch die tadelnswerthe Schwäche gegenüber den Militärs und den Juristen immer wieder geschädigt. (Sehr richtig! links.) Auch an sich ist die Ausbildung sehr unzweckmäßig; sie steht zu wenig im Einklang mit der Praxis.

Was den zweiten Theil des Antrags Pachnicke anlangt, so gehe ich nicht so weit, zu verlangen, daß die Ausgestaltung des Betriebes allen beständig wechselnden Bedürfnissen des Verkehrs auf der Stelle nachzukommen habe. Das hängt zu sehr von den Konjunkturen ab, die in gewisser Hinsicht unberechenbar sind. Wollte Graf Kanitz sagen, daß den Ausländern die gleichen Tarife gewährt werden sollen, wie den Inländern, so würde ich ihm widersprechen. Abg. v. Kardorff hat eine Beschwerde Chemnitzer Fabrikanten vorgebracht, die berechtigt ist. Unsere Stückgüter werden viel zu langsam befördert. Ceterum censeo. Die ganzen Debatten über die Unfälle haben unmittelbaren Nutzen nicht, wenn sie aber die Stärkung der Kontrolle der Eisenbahnen durch das Reichs-Eisenbahnamt zur Folge haben sollten, so waren sie nicht fruchtlos und ich begrüße sie. (Beifall.)

Abg. **Rösicke** (liberal): Als Mitantragsteller der Resolution Pachnicke bitte ich um möglichst einstimmige Annahme derselben. Ich will zugeben, daß der erste Theil unseres Antrags in gewissem Sinne mehr in die Einzellandtage gehört. Der zweite Theil aber gehört unbedingt vor den Reichstag. Ich schließe mich dem Abg. Hammacher an, der die Kompetenz des Reichs-Eisenbahnamts so klar wie möglich gelegt hat. Es muß doch auch den Bürgern der Einzelstaaten gestattet sein, über die Bahnen der Nachbarstaaten im Reiche Beschwerde zu führen, denn sie sind ja bei der Beförderung ihrer Güter durch die Bahnen der Nachbarstaaten lebhaft an der Ausgestaltung der Bahnen interessirt. Der Güterverkehr ist um 62 pCt. gestiegen, das Wagenmaterial aber nur um 40 pCt. vermehrt worden. Das muß ja zu Mißständen führen. Jetzt sollen ja nun Wagenlieferungen in Auftrag gegeben worden sein. Man hat sich nur etwas spät zu diesen Aufträgen entschlossen. Die Industrie hätte die Aufträge in früheren schlechteren Zeiten sehr gut gebrauchen können, jetzt ist die Konjunktur so wie so eine gute. Der Wagenmangel macht sich so fühlbar, daß es vielen Industriewerken nicht möglich ist, einen regelrechten Verkehr aufrecht zu erhalten. Von einem Kaliwerk wurden z. B. an einem Tage 500 Wagen gefordert und es konnten noch nicht ganz 100 Wagen gestellt werden. Ich bin der Ansicht, daß die preußische fiskalische Plusmacherei, die in Preußen zum System erhoben worden ist, an diesen Uebelständen schuld ist. Die Eisenbahn-Verwaltung müßte doch schon vom geschäftlichen Standpunkt aus den Anforderungen zu genügen suchen. Man denke sich nur eine Gasanstalt oder ein Elektrizitätswerk, die ihren Betrieb nur für die Ansprüche des Sommers einrichten würden und außer stande wären, den Ansprüchen im Winter zu genügen. Die Exportindustrie leidet unter dem Wagenmangel am meisten, denn sie muß liefern, wenn sie die Aufträge erhält. Ich hoffe, das Reichs-Eisenbahnamt wird diesen Fragen jetzt größere Aufmerksamkeit schenken. Abg. v. Kardorff meinte, die Kanalfrage gehöre nicht hierher, aber der Minister Thielen hat im Landesökonomie-Kollegium ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Kanäle eine Entlastung des Eisenbahn-Güterverkehrs herbeiführen müssen. Dieser Ausspruch des Ministers Thielen hat noch lange nicht die genügende Beachtung gefunden. Die Flotte soll der Industrie nützen, was wollen die Vortheile, die die Flotte der Industrie bringen kann, gegen die Nachtheile bedeuten, die der Industrie erwachsen müssen, wenn die Leistungsfähigkeit der Bahnen nicht mehr den Ansprüchen der Industrie genügt. (Beifall.)

Abg. Frhr. **v. Stumm** (Rp.): Ich kann nicht zugeben, daß die Zahl der Unfälle sich in der letzten Zeit sehr gehäuft hat und habe deshalb meinen Unterantrag gestellt. Der Durchschnitt der Unfälle in den letzten Jahren ist hinter England zurückgeblieben. Abg. Gerisch hat gesagt, die Denkschrift, die dem preußischen Abgeordnetenhaus zugegangen ist, sei nicht das Papier werth. Er hat sich selbst widersprochen, da er ja die in der Denkschrift niedergelegten Zahlen seinen Darlegungen zu grunde gelegt hat. Die Angriffe auf die preußischen Bahnen sind unberechtigt, denn sie sind nicht schlechter als die übrigen. Durch die Uebertreibungen der Unfälle sind die Eisenbahnbeamten und das reisende Publikum so nervös geworden, daß wir alle Ursache haben, die Nervosität nicht noch zu erhöhen. Bei den Abg. Pachnicke und Rösicke sind wir ja die Objektivität der Beurtheilung nicht gewohnt, aber auch dem Abg. Hammacher hat heute seine sonstige Objektivität nicht zur Seite gestanden. Die Kompetenz des Reichs-Eisenbahnamts geht nicht so weit, wie es Abg. Dr. Hammacher zu wünschen scheint. Auch Abg. Hammacher hat vieles vorgebracht, was vor den preußischen Landtag gehört. Die Klagen über den Wagenmangel waren zur Zeit der Privatbahnen noch größer. So schlimm ist es garnicht. Jeder Sachverständige wisse, daß der Geschäftsmann heute das Doppelte und Dreifache von den Wagen fordert, die er wirklich braucht. (Sehr richtig! rechts.) Sie bekommen nicht, was sie verlangen, aber immer noch soviel wie sie brauchen. An der Unzulänglichkeit der Bahnhofsanlagen ist oft nicht nur der Minister, sondern auch das preußische Abgeordnetenhaus Schuld, das die Bewilligungen häufig ablehnt. Es liegt ein Widerspruch darin, über die mangelhaften Verkehrseinrichtungen zu klagen und auf der anderen Seite eine Steigerung des Verkehrs durch Verbilligung der Personentarife herbeiführen zu wollen. Ich meine, man sollte eine Steigerung des Verkehrs zu vermeiden suchen und erst die Uebelstände beseitigen. Vor einer allzu schnellen Vermehrung des Eisenbahn-Personals ist zu warnen. Haben die Leute zeitweise nicht voll zu thun, dann verbummeln sie. Andererseits können den verantwortungsvollen Dienst nicht ungelernte Leute versehen. Ich will für den Antrag Pachnicke stimmen, wenn er die Worte „wie sie in letzter Zeit" und „vorgekommen ist", streicht.

Abg. Dr. **Pachnicke** (frs. Vg.) zur Geschäftsordnung: Ich erkläre mich im Interesse der möglichst einstimmigen Annahme meines Antrags mit der Streichung der vom Abg. v. Stumm beanstandeten Stellen einverstanden.

Abg. **Lenzmann** (frs. Vp.): Die Zahl der Unfälle ist thatsächlich in der letzten Zeit gestiegen und ich hätte gewünscht, Abg. Pachnicke hätte die ursprüngliche Fassung seines Antrags aufrecht erhalten. Der Hinweis auf die größere Zahl der Unfälle in England ist vollkommen verfehlt, da dort die Fahrgeschwindigkeit bedeutend höher ist. 9/10 der Unfälle ereignen sich nicht auf der Strecke, sondern auf den Bahnhöfen selbst und zwar gewöhnlich infolge mangelhafter Einrichtungen in diesen selbst. Sie sind nicht ausgedehnt genug, sodaß das Rangiren auf den Geleisen für die Personenzüge vorgenommen werden muß und auch die Sicherheitsvorrichtungen sind oft mangelhaft, wie Abg. Gerisch schon gestern betonte. Die Sparsamkeitsrücksichten sind überall maßgebend, so auch bei der Besoldung der unteren Beamten, obgleich eine schlechte Besoldung dieser vor allem auch die Sicherheit des Publikums gefährdet; daß soviel Unfälle durch Nichtbeachtung der Signale sich ereignen, liegt vor allem daran, daß die Lokomotivführer nicht genügend ausgebildet sind. Um nämlich zu sparen, verwendet man Heizer I. Klasse auch als Lokomotivführer, ohne sie jedoch als solche zu bezahlen. Auch haben die Lokomotivführer selbst eine viel zu lange Arbeitszeit. 10—12 Stunden müssen sie in Wind und Wetter auf der Lokomotive verweilen. Besonders auf den Stationen selbst herrscht oft ein großer Mangel an Personal; passirt aber infolge dessen einmal ein Unfall, so werden sofort schwere Gefängnißstrafen verhängt. Es werden immer neue Reglements erlassen, während doch die Beamten gar nicht im stande sind all die zahlreichen Bestimmungen auszuführen. — Durch den Wagenmangel werden vor allem die Fabrikbesitzer geschädigt, eine wirksame Abhilfe kann da nur durch vermehrte Wasserstraßen geschaffen werden. Das Grundübel ist aber immer die Plusmacherei des Finanzministeriums, das auch die Eisenbahnen nur als milchende Kuh betrachtet. Herr Miquel ist fürwahr ein Theil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Böse schafft. (Heiterkeit und Beifall links.)

Abg. Graf **v. Limburg-Stirum** (k.): Die Verstaatlichung der Bahnen trägt nicht Schuld an den Mißständen; diese waren nur früher nicht so kontrollirbar, während der Staatsbetrieb der öffentlichen Kritik unterliegt. (Sehr richtig! rechts.) Wenn Herr Lenzmann die Schuld an den Unfällen der Verwaltung beimißt, vergißt er, daß viele derselben auch durch die Beamten veranlaßt werden, die besonders auf oft befahrenen Strecken leicht nachlässig werden. — Die Kanalbauten unterscheiden sich von den anderen Verkehrsmitteln dadurch, daß die für sie aufgewendeten Summen sich nicht bezahlt machen und so einfache Geschenke für Industrie und Handel bilden. Wenigstens müssen wir uns dann dagegen schützen, daß durch solche Geschenke die heimische Landwirthschaft geschädigt wird, indem fremde Produkte eingeschleppt werden. Ich meine, die preußische Eisenbahnverwaltung ist immer noch die beste, die es giebt. (Oho!) Ihre (nach links) Abneigung gegen sie rührt nur daher, daß Ihnen die starke und selbständige Regierung Preußens ein Dorn im Auge ist. (Lachen links.) Ob Sie nun die Resolution Pachnicke annehmen oder nicht, es bleibt doch alles so wie es ist und sein muß. (Beifall rechts.)

Abg. **Jskraut** (Reformp.): Für den Präsidenten des Reichs-Eisenbahnamts sind wieder 5000 M. mehr verlangt. Ich kann aber diesem Ministerium keine besondere Bedeutung beimessen, am besten wäre es, das Reichs-Eisenbahnamt wieder aufzulösen. Was die Unfälle anlangt, so glaube ich, ist die indirekte Ursache derselben die Thätigkeit der Juristen in der Verwaltung; wo diese vorhanden sind, ist der Kontakt zwischen Vorgesetzten und Untergebenen nicht erreichbar. (Redner wird wiederholt vom Präsidenten zur Sache gerufen.) Für den Antrag Pachnicke werde ich nicht stimmen.

Bundeskommissar Dr. **Lieber** wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Jskraut über die Besoldungsverhältnisse; er unterschätze die Wirksamkeit des Reichs-Eisenbahnamts.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr: Fortsetzung der heutigen Berathung und erste Berathung der Novelle zum Postgesetz.

Schluß 6¼ Uhr.

Lokales.

„Berlin und seine Arbeit" betitelt sich der soeben erschienene amtliche Bericht über die 1896er Gewerbe-Ausstellung. Herausgeber des umfangreichen Werkes sind die bekannten Mitglieder des Arbeitsausschusses, die Herren Kühnemann, Goldberger und Felisch. Wenn man das mächtige Buch von fast 900 Seiten durchblättert, hat man Mühe, die sentimentalen Anwandlungen abzuwehren, die einen beim Anblick der zahlreichen Illustrationen zu übertölpeln suchen. Die bunte, mit so vielen marktschreierischen Trompetenstößen verkündete Pracht, die sich vor bald zwei Jahren in Treptow erhob, ist hinweggefegt, und kaum eine Spur hat sie in dem ausgedehnten Park am Spreestrande hinterlassen. Vor Jahresfrist allerdings waren die phantastischen Stuckbauten noch in den Trümmerhaufen zu erkennen, über die sich der Bewohner des Südostens ärgerte, und als Nachbleibsel ihres ideellen Einflusses hinterließ die Ausstellung damals ein häßliches und auf das Ansehen des industriellen Berlin nicht gerade günstig einwirkendes Gekeife der Garantiefondszeichner, die sich weigerten, das Defizit zu decken. Doch nun, da der Schutt beseitigt und das Wehklagen der mit recht unterlegenen Garanten so ziemlich verstummt ist, drängt sich die Erinnerung an die häßlichen Begleiterscheinungen, wie die noch häßlicheren Nachklänge zurück, und es bleibt nur lebendig im Gedächtnisse die zwar etwas unruhige, aber in ihrer abwechselungsreichen Ausdehnung dennoch anziehende Pracht der Ausstattungsbauten und ihrer Anlage. Und es hieße der Wahrheit einen schlechten Dienst erweisen, wollte man leugnen, daß mancher Arbeiter an den Schätzen, welche in den Stuck- und Holzbauten geborgen waren, nicht allein Ergötzen, sondern auch Belehrung und Erweiterung seiner Fachkenntnisse gefunden hätte.

Wir sind überzeugt, daß auch der amtliche Bericht über die Ausstellung werthvoll ist nicht allein für den Laien, der leichthin das Buch durchblättert und sich an den zahlreichen hübschen Illustrationen ergötzt, sondern auch für den Fachmann, der unter den eingehenden Referaten über die verschiedenen Zweige der Ausstellung manche schätzbare Erinnerung und Anregung finden wird. Schade, daß der imponirende Umfang des Buches und seine hübsche Ausstattung einem für gewöhnliche Leute schwer erschwingbaren Preis bedingt. Vielleicht überlegt sich doch die eine oder andere Arbeiterorganisation, ob sie sich das Werk nicht für ihre Bibliothek zulegen soll.

Noch in einem Punkte ist das Buch für den Arbeiter interessant. An verschiedenen Stellen des Werkes spiegelt sich nämlich das soziale Empfinden der Berliner Industriellen mit ergötzlicher Klarheit wieder. Nach den Erfahrungen der letzten Zeit wird der Arbeiter in dieser Beziehung gewiß keine allzu hohen Forderungen an die Leute stellen, die im Schatten Kühnemann'scher Denkungsart ihre Berichte geschrieben haben. Aber was „Berlin und seine Arbeit" da im Einzelnen bietet, zeugt leider von so beschämender Beschränktheit, von so kleinlichem Haß gegen die Berliner Arbeiterwelt, daß wir beinahe annehmen möchten, die in betracht kommenden Stellen seien von den Herren Kühnemann und Felisch mit eigener Hand zu Papier gebracht worden. Schon in dem Kapitel „Vorgeschichte und Vorbereitung der Ausstellung" wird auf Seite 77 beklagt, daß die vielfachen, natürlich immer durch sozialdemokratische Kreise geschürten Agitationen zu zahlreichen Streikversuchen geführt hätten. Welcher Art waren nun die maßlosen Forderungen der Arbeiter? Der Bericht bekundet selber, daß die Zimmerer den 50 Pf. betragenden Stundenlohn zunächst auf 52½ und dann auf 55 Pf. erhöht haben wollten. Und wegen einer so, wir möchten fast sagen, beschämend geringfügigen Forderung ließen die Profitwütheriche es erst zum Ausstande kommen! Das komische an der Sache aber ist, daß die Herren Kühnemann und Felisch, die nicht genug schreien können, daß Staat und Unternehmerthum geschlossen gegen die Arbeiterschaft zusammenstehen müssen, als Leiter des Ausstellungs-Unternehmens ihre eigenen Grundsätze schmählich durchbrochen haben, indem sie in den Kontrakten mit den einzelnen Unternehmern der Ausstellungsbauten ausdrücklich die Bestimmung getroffen hatten, daß Ausstände nicht als höhere Gewalt gelten sollten, welche den Unternehmer von der Erfüllung seiner Verpflichtungen entbinde. Mit recht können die Zunftmeister ihren eigenen Führer, Herrn Felisch, dafür verantwortlich machen, daß sie zum beträchtlichen Theil auf die Forderungen der Arbeiter eingehen mußten. Vom Geist der Kühnemann und Felisch sind vielfach auch die Einzelberichte durchtränkt. So jammert der Verfasser des Berichts über die Tabak- und Zigarrenindustrie, ein Herr Dr. Heinrich Fränkel, auf Seite 448 darüber, daß gelegentlich Arbeitseinstellungen, die durch sozialdemokratische Einflüsse hervorgerufen seien, den Rückgang dieser Industrie befördert hätten. Von einer Fülle widerwärtigen Eigenlobs trieft der auf Seite 518 erstattete Bericht über die wirthschaftliche Lage der Arbeiter und die Fürsorge (!) für diese in der Maschinenindustrie. Der Umstand, daß die Uebermacht des Kapitals die Arbeiter gezwungen hat, den berüchtigten Arbeitsnachweis in der Gartenstraße zu benutzen, wird als eine „Wohlthat" für die Arbeiter gepriesen, trotzdem ein paar Zeilen vorher ausdrücklich zugegeben ist, daß eine „sorgfältige Listenführung über die agitatorisch nachtheilig thätigen Arbeiter auch einen Ausschluß dieser für jede Ausstandsbewegung so gefährlichen Elemente" ermögliche. Weiter wird in dem Bericht beklagt, daß die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung das Halten von Lehrlingen zu einem „dornenvollen Kapitel" in der modernen industriellen Arbeit gestalten. An einer anderen Stelle werden die Arbeiter gescholten, daß sie so schwer zu bewegen sind, vorhandene Schutzvorrichtungen stetig zu benutzen, zugleich wird aber durch die Behauptung, daß der Bruchtheil der Unfälle, die durch Schutzvorrichtungen zu verhüten sind, außerordentlich gering sei, den paar Arbeiterschutz-Bestimmungen der Gesetzgebung ein heimtückischer Hieb versetzt.

Der Arbeiter wird auch aus dem amtlichen Ausstellungsbericht erkennen, daß er durch die zwingende Macht einer starken Koalition die Kulturaufgabe zu lösen hat, im Gehirn des verbohrten Unternehmerthums Licht zu schaffen.

Bettler und „Arbeitsscheue". An den ausgedehnten Polizeipalast lehnt sich gegenüber der Stadtbahn ein kleineres Gebäude an. In demselben befinden sich die Sitzungssäle mehrerer Abtheilungen des Amtsgerichts. Hier wird ausschließlich über solche Personen geurtheilt, welche die Behörde selbst wegen geringfügiger Uebertretungen in Untersuchungshaft nimmt, sei es, weil diese Personen überhaupt kein Unterkommen haben, sei es, weil man von ihnen annimmt, daß selbst die zu erwartende kurze Haftstrafe sie veranlassen könnte, sich dem Arme der strafenden Gerechtigkeit zu entziehen. So unbedeutend die Strafthaten sind, welche hier zur Aburtheilung gelangen, so groß ist die Zahl der Fälle, die hier verhandelt werden; so kann man gewissermaßen sagen, daß hier juristische Massenarbeit geliefert wird. 40 bis 50, ja oft noch mehr Personen, werden von einer Schöffengerichts-Abtheilung in einer Sitzung abgeurtheilt. Die überwiegende Mehrzahl der Angeklagten hat sich wegen Bettelns und wegen Nichtbeschaffung eines Unterkommens nach voraufgegangener polizeilicher Verwarnung zu verantworten. Die Angeklagten werden in Trupps zu 10—15 Personen gleichzeitig in den Anklageraum geführt, der die Ausdehnung eines mächtig großen Zimmers hat. Die Thür wird vorsorglich hinter ihnen verschlossen. Nun beginnt die Verhandlung. Die Fälle gleichen sich wie ein Ei dem andern, jeder derselben nimmt nur wenige Minuten in Anspruch. Häufig bekennt sich der Angeklagte ohne weiteres des Bettelns schuldig, und, wenn er leugnet, wird er meist durch das Zeugniß des Schutzmannes, der ihn verhaftete, vielleicht auch durch die Aussage des milden Gebers überführt. Der Amtsanwalt stellt einen Strafantrag, der je nach der Zahl der Vorstrafen bemessen wird. Ein Blick des Einverständnisses zwischen Richter und Schöffen, das Urtheil wird vom Vorsitzenden verkündet und kurz begründet. Nicht selten giebt der Richter dem Verurtheilten noch einen guten Rath mit auf den Weg, indem er ihm im Reservelieutenants-Ton zuruft: „Was wollen Sie in Berlin; warum kommen Sie hierher, wenn Sie keine Arbeit haben; bleiben Sie draußen, gehen Sie in Ihre Heimath, außerhalb ist immer Arbeit zu haben." Gleichgiltig hören die Armen diese Rathschläge an. Wie arbeitsscheue Vagabunden sehen die meisten von ihnen nicht aus. Sie haben es wohl am eigenen Leibe erfahren, daß die Redensart „wer arbeiten will, findet jederzeit Arbeit" heutzutage nur von solchen Leuten im Munde geführt wird, die die wirthschaftlichen Verhältnisse nicht kennen. Sie sind wohl meist nach Berlin gekommen, weil sie meinten, gerade in der Großstadt müsse sich noch am ehesten Arbeitsgelegenheit finden. Als dann der letzte Nickel verzehrt war, und sie durch Betteln an fremden Thüren die Mittel zur Befriedigung des knurrenden Magens zu erlangen suchten, fielen sie dem Schutzmann in die Hände und müssen nun das Vergehen, die Mildthätigkeit fremder Menschen angesteht zu haben, vorerst mit einigen Tagen, im Wiederholungsfalle mit einigen Wochen Haft und später vielleicht gar mit einigen Monaten Arbeitshaus büßen — ein Opfer nicht der persönlichen Faulheit und Schlechtigkeit, sondern der Verkehrtheit der kapitalistischen Wirthschaftsordnung.

Gewissenlosigkeit eines Unternehmers. Von einer Massen-Bleivergiftung, die ein eigenthümliches Licht auf die hygienischen Verhältnisse in gewissen Betrieben wirft, machte in der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege Herr Dr. Markuse Mittheilung. In die Sprechstunde dieses Arztes kamen innerhalb weniger Tage sieben Mädchen, mit allen Erscheinungen jener Krankheit behaftet. Auf Erkundigung bei anderen in der Nähe wohnenden Aerzten gelang die Ermittelung einer Anzahl weiterer Fälle mit zum theil bereits recht bedenklichen Anzeichen. Dr. Markuse forschte nach und stellte folgendes fest: Die Mädchen waren sämmtlich in einer Fabrik von Flaschen-Patentverschlüssen beschäftigt. Die weißen Porzellan-

knöpfe pflegen bekanntlich den Ausdruck einer Firma zu erhalten; die Schrift wird vor dem Einbrennen gepudert. Der Puder bestand nun nach den Feststellungen Dr. Markuse's in diesem Falle aus 30 pCt. Bleizucker, der staubförmig den ganzen kleinen Raum erfüllte, in welchem 26 Mädchen arbeiteten. Die Folge der Nachforschungen des Arztes war, abgesehen davon, daß einige der schlimmsten Uebelstände abgeschafft wurden, daß der Fabrikleiter den Mädchen rieth, in Erkrankungsfällen sich in Zukunft an einen anderen Arzt zu wenden; es wird, wie Dr. Markuse hervorhob, vielleicht noch anderweitigen Einschreitens bedürfen, bevor die Gesundheit der Arbeiterinnen völlig gesichert ist.

Die elektrische Straßenbahnlinie Alexanderplatz—Schöneberg ist gestern Vormittag eröffnet worden, wodurch zunächst eine Störung des gesammten Pferdebahnverkehrs über den Mühlendamm und die Leipzigerstraße herbeigeführt wurde. Die ersten von den Endstationen fahrplanmäßig abgelassenen Wagen mit den Nummern 1000 und 1001 waren mit Laubgewinden geschmückt und legten die Strecke gut zurück, jedoch schon nach kurzer Zeit traten Stockungen ein. Theils wirkte der Strom nicht ordnungsgemäß, theils blieben die Wagen in der Biegung an der Ecke der Breiten- und Scharrenstraße stecken. Die Räder der Akkumulatorenwagen klemmten sich dort in den Rinnen der Geleise derartig fest, daß es unmöglich war, sie vor- oder rückwärts zu bringen. Infolge dessen stauten sich bald die gesammten nachfolgenden Pferdebahn- und Straßenbahn-Wagen zu einer unendlichen Reihe und die Stockung war so bedeutend, daß die Wagenreihe auf den Geleisen sich durch die Spandauer bis zur Königstraße, andererseits die Stralauerstraße entlang ausdehnte, während wiederum in entgegengesetzter Richtung die Wagen über den Spittelmarkt hinaus standen. Da es nicht so bald möglich war, die schweren Akkumulatorenwagen aus den Geleisen zubringen, so mußten schließlich zur Aufrechterhaltung des Verkehrs die Pferdebahnwagen, soweit sie nicht durch die Königstraße und über den Hansvoigteiplatz geleitet werden konnten, auf die Nebengeleise gebracht werden, wodurch fortgesetzt weitere Störungen des Pferdebahnverkehrs in entgegengesetzter Richtung veranlaßt wurden. Noch im Laufe des Vormittags wurden die Ursachen der Störung beseitigt, und der elektrische Betrieb konnte wieder aufgenommen und ohne Unterbrechung fortgesetzt werden.

Vom Vorstand der Krankenzuschußkasse „Volkswohl" erhalten wir eine Zuschrift, in der mitgetheilt wird, daß die Remuneration des Vorsitzenden nicht von 30 auf 60 M., sondern von 15 auf 30 M. erhöht worden sei; desgleichen habe der Rendant Paul nicht für eine zweitägige Reise 190 M., sondern für eine neuntägige Reise nach Westfalen einschließlich Fahrgeld 101 M. erhalten. Dann theilt uns der Vorstand mit, daß bisher den Interessen der bezugsberechtigten Mitglieder stets Rechnung getragen sei; den Betreffenden wäre das ihnen zustehende Krankengeld stets ausgezahlt werden, ausgenommen solche Fälle, wo schwindelhafte Operationen gegen die Kasse von seiten unreeller Mitglieder versucht waren. Wir sind der Ansicht, daß sowohl unsere Mittheilungen, betreffend die Geldangelegenheiten, wie auch die Beleidigungen, die der Vorstand gegen eine Anzahl ehrenhafter Personen schleudert, welche in der von uns geschilderten Weise um ihr Krankengeld gebracht worden sind, in der am Sonntag stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung der Kasse die entsprechende Würdigung finden werden.

Stürmische Auseinandersetzungen erfolgten, wie die „Volks-Zeitung" berichtet, am Montag in der von 3000 Personen besuchten Generalversammlung des Rabatt-Sparvereins „Süd-Ost". Die Versammlung wurde im Lokal Sanssouci, Kottbuserstraße, abgehalten. Der Kernpunkt der Streitigkeiten betraf die Geschäftsführung des Vorstandes und die Festsetzung der Vorstandsgehälter, die im letzten Geschäftsjahre gegen 30 000 Mark betragen haben. Der Vorstand erklärte am Anfang der Versammlung, daß er bei Annahme von Anträgen, welche sich gegen seine Thätigkeit richteten, sein Amt niederlegen werde. (Große Unruhe.) Die angekündigten Statutenänderungen wurden trotzdem mit großer Majorität genehmigt. Unter Beifall und Tumult trat der Vorstand hierauf von seinem Posten zurück. Die dann folgende Diskussion nahm zeitweise einen skurrilischen Charakter an. Große Entrüstung rief die Mittheilung hervor, daß Unterschlagungen verübt seien. Das Mitglied Glocke interpellirte den Vorstand über den aufgestellten Rechenschaftsbericht. Es sei darin ein Posten von 12 000 M. vorhanden, der als Defizit aufgefaßt werden müsse. Revisor Seitz erklärt, daß seit langem die Verwalter des Vereins sich Unregelmäßigkeiten hätten zu schulden kommen lassen. (Große Unruhe.) Das Manko beziffere sich auf 12 000 M., welche nach und nach gedeckt werden sollten. Bemängelt wird weiterhin, daß das Inventar viel zu hoch bewerthet wurde. Unter großer Unruhe ging die Versammlung schließlich auseinander. Wahrscheinlich wird die Sache noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Vor den Augen von Frau und Kindern hat sich der 38 Jahre alte Arbeiter Paul Gründel aus der Wienerstr. 57a zu vergiften versucht. Gründel wurde während der Gewerbe-Ausstellung bei den Marineschauspielen beschäftigt und führte aus dieser Zeit einen Rechtsstreit gegen seine Arbeitgeber wegen 58 M. Er hatte in den letzten Monaten nur sehr wenig Arbeit gefunden; bei der aus der Frau und drei kleinen Kindern bestehenden Familie war daher bittere Noth eingekehrt. Ueberdies sieht die Ehefrau einem unter den obwaltenden Umständen traurigen Familienereigniß entgegen und ist an das Bett gefesselt. Da trat am letzten Mittwoch eine glückliche Wendung ein: Gründel erhielt die ihm zustehenden 58 M. Anstatt nun das Geld der Familie zu gute kommen zu lassen, blieb er der Häuslichkeit fern. Endlich am Sonntag Abend um 9½ Uhr verlangte er von seiner Frau Einlaß. Als die Kinder ihn sahen, drängten sie sich an ihn heran und riefen: „Lieber Vater, bleib bei uns." Nachdem er die kurzen Worte herausgebracht hatte, daß er in Bremen nach Arbeit gesucht habe, setzte er eine mit Salzsäure gefüllte Flasche an den Mund und trank sie aus. Ein von dem Nachbar Sander geholter Arzt sorgte für seine Ueberführung nach dem Krankenhause am Urban. Dort liegt er unter großen Qualen im Kampf mit dem Tode. Man glaubt, daß G. das Geld in schlechter Gesellschaft verbracht hat und nun angesichts des häuslichen Elends sich den Selbstvorwürfen entziehen wollte.

Auf die Verwechselung einer Karbolflasche mit einer Schnapsflasche ist der Tod einer Frau zurückzuführen. Die 37jährige Waschfrau Friederike Milde beschäftigte sich in ihrer im Keller des Hauses Bergstraße 38 belegenen Wohnung mit dem Waschen von Wäsche. Sie griff aus Versehen nach einer mit Karbol gefüllten Flasche und that daraus einen solchen Zug, daß sie von einem Nachbarn nach einem Krankenhaus gebracht werden mußte. Das Gift hatte aber bereits derart stark gewirkt, daß die ärztliche Hilfe zu spät kam. Sie ist im Krankenhaus gestorben.

Selbstmord. Gestern Vormittag wurde im Friedrichshain in einer Tannengruppe ein etwa 60 Jahre alter Mann erhängt vorgefunden. Es ist wahrscheinlich der Tischler Wilhelm T.

Herr Bolle sendet uns, gestützt auf § 11 des Preßgesetzes, eine Berichtigung, in der er behauptet, daß der Artikel in Nr. 47 unseres Blattes vom 25. Febr. cr. mit der Ueberschrift: „Ueber den Bolle'schen Gewissenszwang", durchgängig Unwahrheiten enthalte. Einerseits, weil die Berichtigung den Voraussetzungen des § 11 des Preßgesetzes nicht entspricht, andererseits aber, weil unsere Behauptungen durch die Berichtigung selbst nicht grundsätzlich widerlegt werden, lehnen wir es ab, den Wortlaut derselben wiederzugeben. Die „Märkische Volks-Zeitung", die eine sehr lange Mittheilung des Herrn Bolle, dieselbe Angelegenheit betreffend, veröffentlicht, will gefunden haben, daß „einige" der im Bolle'schen Betrieb üblichen Praktiken sehr an die von Frhrn. v. Stumm beliebte Praxis erinnern. Nur „einige" (!!). Das ist ein sehr mildes Urtheil!

Einer empörenden Dreistigkeit hat sich der Maschinenfabrikant Dopp aus der Eichendorffstraße 20 gestern schuldig gemacht. Vor der Fabrik dieses Herrn vertheilte ein Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes kleine Handzettel, in denen die Arbeiter der Firma zu einer Besprechung eingeladen waren. Dies sah der Unternehmer vom Fenster aus. Spornstreichs eilte er auf die Straße, hielt den Zettelvertheiler mit beiden Händen krampfhaft fest und schrie dann nach einem Schutzmann, dem er den „Aufhetzer" übergeben wollte. Es kam auch richtig ein Schutzmann an, der den Namen feststellte. Wie wir vernehmen, will der Zettelvertheiler gegen den Unternehmer wegen Beleidigung und Freiheitsberaubung Strafantrag stellen.

Bezüglich des in Leipzig verhafteten Dr. med. **Wenge** wird uns noch mitgetheilt: Dr. W. wohnte bis Mitte Januar in dem Hause Augsburgerstr. 81 in Charlottenburg, wo er ein recht bedeutendes Haus machte. Die Wohnungseinrichtung war hochelegant, jedoch nicht Eigenthum des Dr. W., sondern auf Abzahlung entliehen. Am 1. Januar blieb er die Miethe schuldig und wurde exmittirt, worauf sich Dr. W. mit Frau und Kind nach Leipzig begab. Bald darauf stellte sich heraus, welche ungeheuere Schuldenlast der Verschwundene hier hinterließ. Alle Bedürfnisse, welche die W.'sche Familie hatte, wurden auf dem Wege des Kredits gedeckt und täglich liefen Rechnungen vom Schneider, Modistin, Bäcker, Fleischer, Konditor, Schuhmacher u. s. w. ein, welche Summen von 50 bis 2000 M. zu fordern haben. Bei alledem aber liegt eine strafbare Handlung des Dr. W. nicht vor, da er sich den Kredit keineswegs durch Vorspiegelung falscher Thatsachen verschafft hat. Eine strafbare Handlung wird jedoch darin gefunden, daß er, jeder Hilfsmittel bar, in Leipzig in einem der besten Hotels logirte und ein sehr feines Leben führte, obwohl er wußte, daß er seine Rechnung nicht begleichen könne, und als er hierzu gedrängt wurde, sich zu entfernen suchte. Auf Veranlassung des Hoteliers erfolgte daher die Verhaftung des Dr. W. wegen Zechprellerei.

Auf dem Kutschbock vom Schlage getroffen. Eine eigenartige Fahrt unternahmen in der vorletzten Nacht zu vorgerückter Stunde mehrere junge Leute, die aus einem Café in ein anderes fahren wollten und sich dazu eine Droschke angenommen hatten. Während der Fahrt durch die Friedrichstraße begegneten sie Bekannten, die mit einsteigen sollten. Der Kutscher hörte aber nicht auf den Zuruf „Halt", und die Rosinante setzte ihren gleichmäßigen Trab fort, bis einer der Fahrgäste aus dem Wagen sprang und ihr in die Zügel fiel. Der Kutscher rührte sich noch immer nicht. Ein Schutzmann hatte den Vorgang bemerkt und trat jetzt auch an die Gruppe heran. In diesem Augenblick sank der Kutscher auf dem Bock zusammen. Der Beamte brachte ihn nach einem Krankenhaus. Er hatte auf dem Bock einen Schlaganfall erlitten und Besinnung und Sprache verloren. Dort wurde in ihm der 59 Jahre alte Droschkenkutscher Johann Zantusch festgestellt. Das Bewußtsein hat er noch nicht wieder erlangt.

Der Künstlerabend im Verein Berliner Presse (Wilhelmstraße 92) am künftigen Donnerstag weist ein erlesenes literarisches Programm auf. Im ersten Theil wird Fräulein Louise Dumont Gedichte von Friedrich Nietzsche (aus der soeben erschienenen neuen Sammlung) und Ada Negri sowie ganz neue, noch ungedruckte Prosa-Dichtungen von Maria Janitschek und Elsbeth Meyer-Förster vorlesen. Der zweite Theil bringt allerlei heitere Deklamationen Anna Schramm's. Billets zu 3 Mark (numerirter Platz) und 1,50 Mark (unnumerirter Platz) sind noch in den bekannten Buchhandlungen zu haben.

Theater. Gerhart Hauptmann's Diebskomödie „Der Biberpelz", welche im „Deutschen Theater" neu einstudirt am Donnerstag zum ersten Mal in Szene geht, weist folgende Besetzung der Rollen auf: v. Wehrhahn, Amtsvorsteher: Oskar Sauer; Krüger, Rentier: Hans Tänzer; Dr. Fleischer: Emanuel Reicher; Motes: Hermann Müller; Frau Motes: Annie Trenner; Frau Wolff, Waschfrau: Luise v. Pölnitz; Julius Wolff, ihr Mann: Hermann Nissen; Leonine und Adelheid, deren Töchter: Gisela Schneider, Paula Eberty; Wulkow, Schiffer: Max Reinhardt; Glasenapp, Amtsschreiber: Paul Biensfeldt; Mitteldorf, Amtsdiener: Guido Thielscher.

Soziale Rechtspflege.

Speziell für Töpfer, aber auch für andere Akkordarbeiter ist eine Entscheidung der Kammer III des Gewerbegerichts von größter Bedeutung. Mehrere Töpfer beanspruchten von dem Töpfermeister Hasenstein Akkordreste. Die Akkordsummen berechneten sie nach dem von H. anerkannten Tarif. Einer der Kläger verlangte außerdem eine im Tarif nicht vorgesehene Arbeit (in diesem Falle die „dritte Ecke" in der Wandbekleidung bei Kochmaschinen) besonders bezahlt. Der Beklagte wandte nun ein, die Kündigungsfrist sei ausgeschlossen gewesen und die Kläger hätten eines Tages ja selber die Arbeit niedergelegt und gleichsam gestreikt. Die Verhandlung ergab, daß die Arbeitsniederlegung erfolgt ist, weil der Beklagte sich bei der Verrechnung nicht an den Tarif gehalten hatte. Die im schriftlichen Arbeitsvertrage enthaltene Anerkennung des Tarifs ist zwar durchstrichen, indessen wurde der Strich nach den Feststellungen des Gerichts vom Beklagten selber nachträglich gemacht. Beklagter wurde unter folgender Begründung verurtheilt: Die Kläger hätten zwar unterschrieben, daß eine Kündigung nicht stattfinde. Diese Vereinbarung habe jedoch nur den Sinn, daß sie zu einer Zeit entlassen werden könnten, wo sonst bei andern eine Kündigung nothwendig sei. Solange aber ein bestimmter Akkord währe, sei eine Kündigung und Entlassung überhaupt nicht zulässig und üblich. Sie könnten auch deshalb nicht zugelassen werden, weil die erste Arbeit am wenigsten sichtbar sei und an sich nach ihrem Werthe nicht richtig taxirt werden könne. Zu der Arbeitsniederlegung seien dagegen die Kläger berechtigt gewesen, da der Beklagte vertragswidrig gehandelt habe, indem er ihnen nicht den Lohn in der ausbedungenen Höhe zahlte. Zugleich seien die Kläger auch befugt, die volle Bezahlung des einmal begonnenen Akkords zu fordern. Was besonders den Kläger S. betreffe, so müßten im Tarif nicht mit aufgeführte Extraleistungen, wie besondere Ecken 2c., auch besonders bezahlt werden. Die Auffassung des Beklagten, daß die für bestimmte Stücke (Maschinen) festgesetzten Akkordpreise auch bei Berücksichtigung von Sonderwünschen maßgebend seien, sei durchaus irrig. Für solche Extraarbeiten sei ein angemessener Betrag zu zahlen.

Gerichts-Zeitung.

Eine interessante Anklage wegen Nachdrucks gelangte heute vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I gegen den Chefredakteur der „National-Zeitung", Siegfried Köbner, zur Verhandlung. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Denso, die Anklage vertrat Staatsanwalt Krebs, die Vertheidigung führte der Angeschuldigte selbst. Als Nebenkläger war der Hauptmann a. D. Ernst Böttcher zugelassen. Der letztere hat im Laufe der Jahre 1894 und 1895 in der „Kölnischen Zeitung" eine Reihe von Artikeln veröffentlicht, welche sich mit dem Thema „Die Kultur der Vorzeit" befaßten. Auszüge aus diesen Artikeln sind unter Quellenangabe in der „National-Zeitung" wiedergegeben worden und dies veranlaßte den Verfasser, Strafantrag wegen Nachdrucks zu stellen. Der literarische Sachverständigen-Verein hat zu dieser Frage drei umfangreiche Gutachten erstattet. Zunächst handelte es sich um neun Artikel. Von diesen hat der Sachverständigen-Verein sofort fünf ausgeschieden, weil dem Inhalte schon von vorneherein der Werth einer selbständigen wissenschaftlichen Arbeit abgesprochen wurde. Von den übrig bleibenden vier Artikeln verfielen dann noch drei demselben Schicksal, wogegen einer, betitelt „Vor 4000 Jahren" als eine zur Belehrung des Publikums dienende selbständige geistige Arbeit bezeichnet wurde, welche schutzberechtigt sei und nicht in dem Umfange wiedergegeben werden dürfe, wie es seitens der „National-Zeitung" geschehen sei. — Der Angeschuldigte meinte, daß dies Gutachten nur den Charakter eines „non liquet" habe. Er halte sämmtliche Artikel nur für Zusammenstellungen von Mittheilungen, die aus Aufsätzen entnommen seien, die in anderen, zumeist französischen wissenschaftlichen Zeitschriften erschienen seien. Dies könne er nicht als eine „wissenschaftliche" Arbeit ansehen und dasselbe Urtheil müsse er in betreff des einzigen, noch beanstandeten Artikels: „Vor vierlausend Jahren" fällen. Was die Quantitätsfrage anbelange, so sei dies doch ein höchst unsicherer Boden. Es sei Gepflogenheit in der Presse, derartige Artikel unter Quellenangabe wiederzugeben, wie er durch Vorlegung einer Anzahl angesehener Zeitungen beweisen könne. Jedenfalls gehe daraus hervor, daß der betreffende Redakteur der „National-Zeitung", der die Wiedergabe des fraglichen Artikels im Auszuge veranlaßte, sich im guten Glauben befunden habe und deshalb müsse schon aus § 18a des Preßgesetzes ein freisprechendes Urtheil erfolgen. Der Nebenkläger führte demgegenüber aus, daß er die Gutachten des Sachverständigen-Vereins als zutreffend nicht anerkennen könne. Seine Artikel seien nicht einfache Uebersetzungen, sondern er nehme für dieselben Originalität seiner eigenen Gedanken in Anspruch. Schon seit dem Jahre 1884 beschäftige er sich mit dem Thema „Die Kultur der Vorzeit" und besonders der Artikel „Vor 4000 Jahren" enthalte von A bis Z seine eigenen Gedanken und Schlußfolgerungen, die mühsamem Forschen zu grunde lägen. Er berufe sich hierüber auf das Gutachten des Dr. Hammeran in Frankfurt a. M., welcher auf dem in Rede stehenden Gebiete maßgebend sei. Auch müsse er bemängeln, daß der Sachverständigen-Verein sein Gutachten abgegeben habe, ohne sich vorher mit ihm in Verbindung zu setzen, er würde sonst Gelegenheit gehabt haben, manche irrige Auffassungen zu wiederlegen, beziehungsweise durch Vorlegung geeigneten Materials zur Ausführlichkeit der Gutachten beizutragen.

Der Staatsanwalt erklärte, daß er auf grund der Gutachten nicht zu einem Antrag auf Schuldig kommen könne. Jedenfalls habe der Angeklagte sich im guten Glauben befunden. Er beantrage deshalb die Freisprechung. Der Angeklagte führte noch aus, daß der Nebenkläger sich in betreff der Schutzberechtigung gewisser Artikel in einem Irrthum befände. Denn sonst müßte jeder Leitartikel einer Zeitung als eine geistige Arbeit angesehen werden, die schutzberechtigt sei und deshalb auch im Auszuge und unter Quellenangabe nicht wiedergegeben werden dürfe.

Der Gerichtshof erkannte nach kurzer Berathung aus den vom Staatsanwalt geltend gemachten Gründen auf Freisprechung.

Die Anzeigepflicht der Aerzte bei ansteckenden Krankheiten beschäftigte den Strafsenat des Kammergerichts in seiner letzten Sitzung. Ein Arzt, Dr. R., hatte in einem Kölner Hospital, wo er Assistenzarzt war, einen Knaben auf Influenza behandelt; nach dem Tode des Kindes stellte sich heraus, daß es an Typhus gelitten hatte. Nach einer Kabinetsordre vom 8. August 1835 sind die Aerzte verpflichtet, der Behörde davon Anzeige zu machen, wenn sie jemanden behandeln, dessen Krankheit ansteckend ist. Der Arzt wurde, weil er eine solche Anzeige nicht erstattet hatte, zur Verantwortung gezogen und in den ersten Instanzen zu Geldstrafen verurtheilt. Vor dem Landgericht hatte er folgendes geltend gemacht. Die Kabinetsordre sei nur auf die Fälle zu beziehen, die in der Privatpraxis der Aerzte vorkämen, er als Assistenzarzt in einer Krankenanstalt wäre zu der Anzeige nicht verpflichtet gewesen, ganz abgesehen davon, daß sich der ansteckende Charakter der Krankheit erst nach dem Tode des Kindes herausgestellt habe. Höchstens hätte im vorliegenden Falle der leitende Arzt der Anstalt oder der Vorstand des Krankenhauses die Anzeigepflicht gehabt. Das Landgericht nahm jedoch an, daß in einem Krankenhause alle Betheiligten zur Anzeige verpflichtet seien; wenn von den anderen Aerzten die Formalität nicht erfüllt worden sei, so hätte R. dieser Pflicht nachkommen müssen, jedenfalls sei auch er strafrechtlich haftbar. Das Kammergericht hob indessen die Vorentscheidung auf und sprach den Arzt unter folgender Begründung frei: Allerdings sei die Anzeige auch dann erforderlich, wenn der Tod schon eingetreten sei. Die Verpflichtung erstrecke sich aber thatsächlich nur auf die Fälle der Privatpraxis. Es könne nicht angenommen werden, daß der Assistenzarzt in einer Klinik oder einem sonstigen Krankenhause verpflichtet sei, die Fälle ansteckender Krankheiten anzuzeigen, mit der er es im Krankenhause zu thun habe.

Prügelei. Mit geschliffenen Schlägern hatten die Studenten Hermann Waldeck und Joachim Püschel im Dezember v. J. ein Duell ausgefochten und sich dabei gegenseitig nicht unerheblich verwundet. Die neunte Strafkammer des Landgerichts I verurtheilte sie deshalb gestern wegen Zweikampfs mit tödtlichen Waffen zu einer Festungshaft von je drei Monaten.

Besonders strafschärfend wirkte die Art der Vertheidigung, welche die Hausverwalters-Ehefrau Olga Riedscher zur Anwendung brachte, als sie sich gestern vor dem Schöffengericht wegen Unterschlagung zu verantworten hatte. Die Angeklagte verwaltete das Haus eines Rechtsanwalts. Zu Neujahr hatte sie 850 Mark Miethen eingezogen. Anstatt das Geld abzuliefern, zog sie mit ihrem Mobiliar heimlich aus und begab sich in die Wohnung eines Liebhabers, mit dem sie das Geld durchbrachte. Im Termine erhob die Angeklagte die haarsträubendsten Beschuldigungen gegen den Rechtsanwalt, der als Zeuge gegen sie auftrat. Ihre Bezichtigungen trugen so deutlich den Stempel der Unwahrheit an der Stirn, daß Bedenken an der Zurechnungsfähigkeit der Angeklagten auftauchten. Der Gerichtshof gelangte aber doch zu der Ueberzeugung, daß die Angeklagte geflissentlich verleumde, um dem Zeugen zu schaden. Das Urtheil lautete auf 9 Monate Gefängniß und einjährigen Ehrverlust.

Eine Jagdgeschichte beschäftigte gestern das Schöffengericht des Amtsgerichts II. Der Restaurateur Marquardt zu Schlachtensee ist Pächter der Zehlendorfer Jagd. An einem Dezembertage des vorigen Jahres lag er mit einigen Freunden auf seinem Revier dem Waidwerk ob. Ein kleines Hündchen kam aus einer Villa heraus und befreundete sich mit seinem Jagdhund. Marquardt schoß das Hündchen nieder. Die Herrin des Hündchens stellte Strafantrag wegen Sachbeschädigung. Sie hatte vom Balkon aus der Tödtung beigewohnt, nachdem sie vergebens versucht hatte, das Thier durch Rufen ins Gehöft zurücklocken. Der Staatsanwalt hielt deshalb eine Sachbeschädigung für vorliegend, weil der Hund in dem fraglichen Augenblicke nicht herrenlos gewesen sei. Er beantragte eine Geldstrafe von 3 M. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Steinschneider, wies auf das Allgemeine Landrecht hin, wonach dem Jagdberechtigten es freistehe, jeden „gemeinen" Hund (im Gegensatz zu einem Jagdhunde) niederzuschießen, der auf dem Jagdrevier betroffen werde, ohne mit einem am Halse befestigten, am Jagen hindernden Knüppel versehen zu sein. Jedenfalls habe der Angeklagte aber geglaubt, in seinem Rechte zu sein und schon aus diesem Grunde müsse die Freisprechung erfolgen. Der Gerichtshof trat diesen Ausführungen bei und erkannte auf Freisprechung.

Versammlungen.

Ueber die bevorstehenden Reichstagswahlen und die Frauen sprach die Genossin Luise Zietz aus Hamburg am Montag in einer von Männern und Frauen zahlreich besuchten Volksversammlung, die bei Wernan in der Schwedterstraße stattfand. Die Reichstagswahlen — führte die Rednerin aus — haben für unsere Partei insofern eine große Bedeutung, als wir bei dieser Gelegenheit mit unserer Agitation vor das Volk treten und unsere Ideen auch in solche Kreise tragen können, die bisher noch nichts von unseren Bestrebungen wußten. Nicht nur unsere Partei ist unzufrieden mit den gegenwärtigen Verhältnissen; auch in den bürgerlichen Parteien macht sich eine große Unsicherheit und Zerrissenheit bemerkbar, die hervorgerufen wird durch die Furcht vor der beständig wachsenden Sozialdemokratie. Wenn man unter dem Regiment Bismarck's den Männern das allgemeine Wahlrecht gegeben hat, so geschah das keineswegs aus Liebe zu den Arbeitern, sondern in der Voraussetzung, daß man die Arbeiter als Stimmvieh für die Pläne der Regierung benutzen könnte. Diese Annahme hat sich als irrig erwiesen. Nachdem dann das Sozialistengesetz keinen Erfolg brachte, versuchte man es mit dem Zuckerbrot, und es wurden im Jahre 1890 den Arbeitern die bekannten Verheißungen auf dem Gebiete der Sozialreform gemacht. Auch durch das Zuckerbrot waren die Arbeiter nicht zu fangen. Da machte man im Jahre 1894 neue Versuche, die Arbeiterklasse zu knebeln, indem man die Umsturzvorlage einbrachte, die ja glücklicherweise nicht Gesetz geworden ist, sondern schon vorher durch den Unwillen des Volkes beseitigt wurde. Da es im Deutschen Reiche nicht möglich schien, so wollte man wenigstens in Preußen, dem größten Bundesstaat,

Maßregeln zur Knebelung der Arbeiter durchführen. Die bekannte lex Recke erschien, sie war aber selbst den Nationalliberalen zu reaktionär und wurde nicht Gesetz. Nun ist ja neuerdings der Geheimerlaß des Grafen Posadowsky erschienen, der uns die Aussicht eröffnet, daß den Arbeitern und Arbeiterinnen das für sie unentbehrliche Koalitionsrecht genommen werden soll. Daß man solche Gewaltmaßregeln gegen die Arbeiter plant, die sich stets auf gesetzlichem Boden bewegten, dagegen müssen wir mit der größten Entschiedenheit Protest erheben. Es ist nicht wahr, daß der Terrorismus der Arbeiter solche Maßnahmen nöthig macht. Gerade unsere Gesetzmäßigkeit ist es, die die Gegner mit Besorgniß erfüllt, denn sie können ziemlich genau berechnen, daß, wenn es so weiter geht wie bisher, die Zeit nicht mehr allzu fern ist, wo die Sozialdemokratie die politische Macht hat. Darum die Unsicherheit und Zerfahrenheit in den Reihen unserer Gegner. Während man einerseits den Arbeitern ihre Rechte zu nehmen bestrebt ist, bürdet man ihnen auf der anderen Seite den größten Theil der Staatslasten auf, denn zu den indirekten Steuern trägt die Arbeiterklasse am meisten bei und zwar nicht nur die Männer, sondern auch die Frauen und Mädchen, die bei ihrem jämmerlich niedrigen Verdienst den Steuerdruck am schwersten fühlen. Von den Steuern, die wesentlich aus den Taschen der arbeitenden Bevölkerung fließen, wird der größte Theil für den Militarismus verwandt, zur Erhaltung der Armee, die nicht nur gegen den äußeren, sondern auch gegen den inneren Feind Verwendung finden soll. Die Rednerin charakterisirt im weiteren den Geist des Militarismus, sie führt aus, daß es für den jungen Mann ungemein schädigend sei, wenn er für zwei Jahre aus seinem Beruf herausgerissen werde, sie weist ferner darauf hin, daß auch Soldaten gelegentlich zu Streikbrecherdiensten oder auch sonst als Konkurrenten des Arbeiters kommandirt werden, und betont, daß auch die weibliche Bevölkerung ein lebhaftes Interesse an einer Aenderung dieser Zustände habe. Ferner beleuchtet die Rednerin das Bestreben nach Vergrößerung unserer Kriegsflotte und kritisirt das Vorgehen der deutschen Regierung in China. Wenn die Erschließung China's auch für die Kapitalisten vortheilhaft sein möge, die Arbeiterklasse habe jedenfalls keinen Nutzen davon. Zunächst gelte es, den Arbeitern die bestehenden Rechte zu sichern, ihnen volle Vereins- und Versammlungsfreiheit zu erringen und den Ausbau der Sozialreform sowie der Arbeiterschutzgesetzgebung zu bewerkstelligen. Andererseits verlangen wir, daß nicht die nothwendigsten Lebensmittel durch Zölle vertheuert werden und daß beim Abschluß von Handelsverträgen darauf Rücksicht genommen werde. Die Wahlbewegung biete Gelegenheit, für diese Forderungen Propaganda zu machen, an der sich auch die Frauen betheiligen müssen, indem sie ihre Männer und Brüder veranlassen, sozialdemokratisch zu wählen. Wir Frauen stellen die Forderung, daß auch wir das Wahlrecht bekommen. Wir müssen ebenso wie der Mann arbeiten, um die Mittel für unseren Unterhalt zu erwerben. Wir haben das gleiche Interesse wie der Mann an einer freiheitlichen Ausgestaltung der Gesetzgebung auf politischem und wirthschaftlichem Gebiet. Wir protestiren dagegen, daß man uns, indem man uns vom Wahlrecht ausschließt, mit Kindern und Irrsinnigen auf eine Stufe stellt. Wir haben die gleichen Lasten zu tragen wie der Mann, wir fordern daher auch die gleichen Rechte. Wenn wir in dieser Weise unseren Kampf fortsetzen, dann werden wir unser Ziel erreichen, welches heißt: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit! Lebhafter Beifall wurde dem kernigen, von Begeisterung durchwehten Vortrage der Rednerin zu theil. An der Diskussion betheiligte sich ein Redner, der sich als Nicht-Anhänger und als Nicht-Gegner der Sozialdemokratie bezeichnete und im großen ganzen der Referentin zustimmte. Dann folgte ein Anarchist, der gegen den Werth des Parlamentarismus polemisirte, und zuletzt nahm der Parteigenosse Werle das Wort, worauf Genossin Zietz in einem längeren Schlußwort unter dem Beifall der Zuhörer auf einige Einwendungen der beiden ersten Redner einging. Eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution fand einstimmige Annahme, dann schloß die Vorsitzende Frau Mesch die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

Landsmannschaft der Schleswig-Holsteiner. Heute Abend 8½ Uhr in G. Feuerstein's Festsälen, Alte Jakobstr. 75: Versammlung. Vortrag des Herrn Dr. J. Sternberg über: „Sprachkrankheit".

Briefkasten der Redaktion.

F. 109. Ist geschehen. Wohnt Kirchbachstraße 16.

Für den Inhalt der Inserat übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 2. März.

Opernhaus. Zar und Zimmermann. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Donna Diana. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Johannes. Anf. 7½ Uhr.
Lessing. Im weißen Röß'l. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Kaiser Heinrich. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Sein Trick. Anfang 8 Uhr.
Neues. Wohlthätigkeits-Vorstellung. Anfang 7 Uhr.
Goethe. Hans Huckebein. Anfang 7½ Uhr.
Unter den Linden. Der Mikado oder: Ein Tag in Titipu. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Die Ahnfrau. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Endlich. Die kleinen Lämmer. Anfang 7½ Uhr.
Central. Die Tugendfalle. Anfang 7½ Uhr.
Belle-Alliance. Lumpacivagabundus. Anfang 8 Uhr.
Luisen. Die Stütze der Hausfrau. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Unter der Polarsonne. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die kleinen Vagabunden. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Verlorene Mädchen. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48–49. Naturkundl. Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.
Invalidenstraße 57/62. Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.
American. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten. Anf. 7½ Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7½ Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten.
Passage-Panoptikum. Wiener Tanz- und Operetten-Gesellschaft.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Mittwoch, 2. März, abends 8 Uhr: **Die Ahnfrau.**
Donnerstag, 3. März, abends 8 Uhr: **Der Tugendwächter.** Hierauf: **Das Versprechen hinterm Herd.**
Freitag, 4. März, abends 8 Uhr: **Die Ahnfrau.**

Central-Theater

Alte Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.

Mittwoch, den 2. März 1898:
Zum 39. Male:
Emil Thomas a. G.
Die Tugendfalle.
Burleske Ausstattungsposse m. Gesang und Tanz in 4 Bildern unter Benutzung eines französischen Sujets von Jul. Freund und Wilh. Mannstädt. Musik von Jul. Einödshofer. Anfang ½8 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage:
Die Tugendfalle.

Ostend-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. C. Weiß.

Sensationelle Novität! Gr. Ausstattung.
Zum 15. Male:
Unter der Polarsonne.
Aktuelles Ausstattungsstück mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern von E. Sondermann und Chr. Bischoff. Gesangstexte von J. Dill. Musik v. C. Schüler. Anfang 8 Uhr.
Im Tunnel vor und nach der Vorstellung: Frei-Konzert. Anfang 7 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung. — Sonntag Nachmittag (kl. Preise): **Der Wilderer.** Drama von Gerstäcker.

Luisen-Theater

34. Reichenbergerstraße 34.
Abends 8 Uhr:
Novität! Novität!
Die Stütze der Hausfrau.
Posse mit Gesang in drei Akten von E. Karl. Musik von Fritz Krause.
Toni Klein: Anna Müller-Linde.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr — Wissenschaftliches Theater. —
Invalidenstr. No. 57–62.
Täglich abends 7 Uhr:
— Ausstellungs-Saal und Vorträge. —
Näheres die Tagesanschläge.

Passage-Panoptikum.

Im Theatersaal:
Specialität.-Vorstellung
und die
8 lustigen Wienerinnen.

Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 165.
Neu!! Indisch-hindustanische Gaukler — und — Schlangen-Beschwörer.
Das **BÄRENWEIB.**

Volks-Theater

im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Straße 97.
Auf allgemeines Verlangen:
Die heilige Vehme!
Operetten-Burleske in 2 Akten von O. Victor-Roeder.
Hauptrollen: Ralph Holmer: Robert Dill. Rosa: Ella Richter. Buddel: Otto Wendt. — Vorher:
Erlauben Sie, Madame!
Schwank in einem Aufzug.
Im vorderen Saale:
Tyroler Sänger Alois Ebner.
Freitag, 4. März: **Benefiz Robert Dill.**

Das
Geheimniss
des
Riesen-Erfolges
welchen das **I. Original**
Budapester
Possen- und Operetten-Theater
in Kaufmann's Variété
von Tag zu Tag zu verzeichnen hat, liegt einzig und allein in der **anerkannten Thatsache,** dass die Direktoren **Donat u. Anton Hernfeld** seit Jahren bestrebt sind, ihrem Publikum vom Guten nur das **allerbeste, gediegenste und pikanteste** zu bieten, und ist besonders ihr gegenwärtiger Schwank
Von Dreien der Glücklichste
ein Haupttreffer, welcher alles bisher dagewesene bedeutend übertrumpft.
Dazu das auserlesene neue Monstre-Programm.

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Vollständig neues Programm.
12 Debuts
und **La Loïe Fuller**
Kassenöffnung 6½. Anf. 7½ Uhr.

Reichshallen-

Parterre-Saal.
Morgen **Donnerstag:** Letzter gr.
Masken-Ball.
Billets an der Kasse und Loeser & Wolff.

Reichshallen-Theater.

Das **neue** glänzende
März-Programm.
Nur allererste Kunstkräfte.
Anfang ½8 Uhr. Entree 50 Pf.

Quarg's

Vaudeville-Theater
nur im
Grand Hotel Alexanderplatz.
Vollständig neues Programm
mit gänzlich neu engagirten Kräften.
Er raft!
Schwank nach dem Französischen.
Die Ballhaus-Anna.
Bilder a. d. Berliner Volksleben.
Großes Spezialitäten-Programm.
Anton Sattler!
Nach dem Balle.
Ensemble-Szene.
Vitaphotoscop
(Lebende Photographien).
Anf. 8 Uhr. Entree 15 Pf.

Alcazar-Theater.

Dresdenerstraße 52/53 (City-Passage) Annenstraße 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Ab 1. März 1898:
Durchweg neues Programm.
Neues Personal. Neue Spezialitäten.
Hans und Klara Sarno. Mary Mann. Anton Hildach. Helene Werner. Karl Müller. Betty Frey. Little Alfons. Adolf Adolf. Familie Reinsch (4 Personen).
Die kleine Handschuhmacherin.
Charakterbild mit Gesang in 1 Akt.
Die erste Todte.
Schwank in 1 Akt.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6½ Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf.
Die für den Feen-Palast ausgegebenen Ehren- und Freikarten haben Giltigkeit.

Neues Olympia-Riesen-Theater.

(Circus Renz.) Karlstrasse.
Bolossy Kiralfy's
Konstantinopel
mit dem **sensationellen**
Feuer- und Flammentanz
ausgeführt **nicht** von einer Person, sond. vom gesammten Ballet-Personal.
ca. 1000 Mitwirkende,
sowie das neue-kolossale
Spezialitäten-Programm.
Wiederauftreten
von
The jolly british girls.
Anf. 8 Uhr. Sonntags 2 Vorst.
Sonnabend, 5. März:
Letzter grosser Maskenball.
Nachm. 1 Kind frei.

Maehr's Theater

Oranien-Strasse 24.
Täglich:
Theater und Spezialitäten.
Kolossaler Erfolg von
Die Nadel- und Nadelmadel.
Volksstück mit Gesang in 2 Akten von Eugen Fredy. Musik v. Otto Tieke.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Anfang: Sonntags 7 Uhr. Wochent. 8 Uhr.

Feen-Palast

Burgstrasse 22.
Heute 5 Uhr nachmittags:
Eröffnung
der
Völker-Schaustellung
Aschanti-Dorf
und
Javaner-Dorf
137 Eingeborene.
Eintritt 50 Pf., Kinder und Militär 25 Pf.
Geöffnet bis 10 Uhr nachts.

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Gr. Extra-Theatervorstellung
Eine Berliner Waschfrau
oder: **Müller u. Müller.**
Schwank mit Gesang in 3 Akten v. Elz.
Vorher:
Versprechen hinterm Herd.
Singspiel in einem Akt v. Baumann.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Konzerthaus Sanssouci
Kottbuser Straße Nr. 4a.
Direktion: H. Pierry.
Ganz neues März-Programm.
Eine Stunde Kaiser von Oesterreich
Lustspiel in 1 Akt.
Der Hausschlüssel.
Schwank in 1 Akt.
Auftr. von Spezialität. nur 1. Ranges. Gebr. Clarisson mit ihren Anglo-amerikain-Biograph (Leb. Photographien. Mit theilweise bunten Bildern. Bisher noch nicht gezeigt.
Entree 30 Pf. Anfang d. Konz. 7 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.
Passepartouts haben Giltigkeit.

Circus Busch

(Bahnhof Börse).
Mittwoch, den 2. März 1898,
abends 7½ Uhr:
Reiter-Gala-Vorstellung.
Auftreten aller neu engagirten Reitkünstlerinnen und Reitkünstler. Auftreten der neuengagirten ausgezeichneten Klowns Nipp und Tipp. Die vorzüglichen musikalischen Excentrics Gebr. Krauckt. Die vorzüglichen Freiheitsdressuren des Dir. Busch. Auftreten des beliebten Schulreiters Herrn Foottit-Burghardt. Auf vielseitigen Wunsch: Neu! Amateur-Konkurrenz-Reiten! Neu! Neu! Wer 3mal die Manege stehend auf dem Pferde umreitet, erhält eine
Prämie von 50 Mark.
Außerdem: Sämmtliche Klowns und Auguste mit ihren neuesten Späßen. Geschw. Loreh mit ihren großartigen ikarischen Spielen zu Pferde.
Zaragoza.
Orig.-Manège-Schaustück des Circus Busch. Besonders hervorzuheben: Die weiblichen Fanfarenbläser. Der Sturz von der 60 Fuß hohen Brücke ins Wasser. Der pompöse grüne Akt.
Morgen 7½ Uhr: Soirée-equestre.

Mundt's Saal.

Inh.: **Ernst Gründer.**
Köpnickerstraße 100.
Fernsprecher Amt VII 39.
Täglich: **Grosser Ball.**
Entrée, Tanz, Garderobe: Herren 50 Pf. Damen 25 Pf.

Carl Becker
Cigarren, Cigarretten u. Tabake
Lindowerstr. 25 an der Müllerstr.

2 Vereinszimmer sofort zu vergeben. **Paul Zimmermann,** 12948* Marstallstr. 8, Ecke.

Fracks u. Gesellschafts-Anzüge, für jede Figur passend, werden verleih. **Baruch,** Kommandantenstr. 72, 1. Et., Ecke Beuthstraße. 2315

Betten Stand 10,00, Mandar.-Daun. 2,50, Bettfedern, Steppd., Bettwäsche, Gardinen, spottb. Bettenhaus Neanderstr. 8.

Obst- u. Gemüsegesch. zu verk. Elsasserstr. 15. A. Schulz.

Orts-Krankenkasse der Strumpfwirker.

Potsdam, den 6. September 1897.
Ober-Präsident der Provinz Brandenburg
O. P. Nr. 12 978. 1103b

Gemäß Nr. 7 der Anweisung vom 10. Juli 1892 zur Ausführung des Kranken-Versicherungs-Gesetzes genehmige ich, daß die Mitglieder der Orts-Krankenkasse der Strumpfwirker in folgende Klassen, und zwar

1. Kassenmitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag 3 M. oder mehr beträgt (I. Klasse);
2. Kassenmitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag 2,20 bis 3 M. ausschließlich beträgt (II. Klasse);
3. Kassenmitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag 1,80 bis 2,20 M. ausschließlich beträgt (III. Kl.);
4. Kassenmitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag 1,30 bis 1,80 M. beträgt (IV. Klasse);
5. Kassenmitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag weniger als 1,30 M. beträgt (V. Klasse), — eingetheilt werden, und setze den durchschnittlichen Tagelohn

für die	I. Klasse	auf	3,50 M.
„ „	II. „	„	2,50 „
„ „	III. „	„	2,— „
„ „	IV. „	„	1,50 „
„ „	V. „	„	1,— „

hierdurch fest.

In Vertretung:
Name.

Diese neu festgesetzten durchschnittlichen Tagelöhne treten mit dem ersten Montage des ersten Monats nach erfolgter Genehmigung der IX. Statutenveränderung in Kraft.

Der Vorstand.
Gustav Janz, Vorsitzender.

Die von der Generalversammlung am 28. Dezember 1897 beschlossene IX. Abänderung des Statuts ist vom Bezirksausschuß am 18. Februar 1898 genehmigt worden und tritt am 7. März 1898 in Kraft. Der Obige.

Genossenschafts-Bäckerei „Vorwärts"

Am Ostbahnhof Nr. 3
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht).
Wir bringen hierdurch zur Kenntniß, daß die diesjährige 1095b
Ordentliche General-Versammlung
am **Sonntag, den 13. März cr., vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Lerche, Rüdersdorferstraße Nr. 3,** stattfindet.
Tagesordnung:
1. Vorlage des Jahresabschlusses. 2. Bericht über die stattgefundene Revision. 3. Neuwahl des Vorstandes und Aufsichtsrathes. 4. Geschäftliches.
Um pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand:
Hermann Teupel, Geschäftsführer.
Hermann Grossmann, Kassirer.
Wir machen darauf aufmerksam, daß die Bilanz den Genossen in unserem Komptoir Am Ostbahnhof Nr. 3 zur Einsicht ausliegt.
D. O.

Kränze, Schleifen,
Guirlanden, Blumen empfiehlt den Parteigenossen **A. Nlutz,** Gärtner, **NO., Friedenstr. 68.** 4445a*

Album- u. Lederwaaren-Fabrik
Oskar Gundau, Oranien-Str. 50.
Ecke Adalbertstraße.

Großes Lager aller Arten Lederwaaren und Schmucksachen zu billigsten Preisen
In Sammet **2,75 Mark,**
in Leder **1,25 Mark**
in größter Auswahl

Dr. Simmel Moritzplatz, (Haus v. Aschinger 2 Treppen rechts.
Spezialarzt f. Haut u. Harnleiden.
10–2, 5–7. Sonntags 10–12, 2–4.

Zähne v. 2 Mark event. Theilzahlung. **Olga Jacobson,** Invalidenst. 145.

Theilzahlung monatl. 10 M. und gegen baar liefert saubere **Herren-Garderobe Tomporowski,** Jüdenstr. 37, I.

Grünkram-Geschäft verbunden mit Mehl und Borkost zu verk. Zu erfrag. Borsigstr. 4, im Geschäftskeller.

Grünauerstr. 3 Wohnungen, 60 bis 86 Thlr. z. 1. April.

Todes-Anzeige!

Allen Kollegen und Mitgliedern des Verbandes aller im Handels- und Transport-Gewerbe beschäftigten Hilfs-Arbeiter die! traurige Nachricht, daß der Kollege
Paul Ohmert
am 27. Februar nach zweijährigem Krankenlager verstorben ist. Die Beerdigung findet am 3. März, vormittags 10 Uhr, in Friedrichsfelde statt. 75/1
Ehre seinem Andenken!

Danksagung.

Für die herzliche Theilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung unseres Schwagers und Onkels **Paul Poetkenhener** sagen wir allen Betheiligten im Namen der Hinterbliebenen unseren herzlichsten Dank.
M. Krause. **Marquardt,**
Allenstein. Wilhelmshaven.
11026 J. A.: **R. Dittberner.**

Danksagung.

Für die herzliche Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres unvergeßlichen Vaters, Schwiegervaters, Bruders und Onkels, des Gasarbeiters **Wilhelm Grollmisch,** sagen wir allen Verwandten, Bekannten, Kollegen und Kameraden des Entschlafenen unseren aufrichtigsten Dank. 1088b
Auguste Grollmisch nebst Tochter,
Berlin, Eisenbahnstr. 37.

Unentgeltlich erlernen junge Mädchen in kurzer Zeit die feine Damenschneiderei. **Geschwister Eisenstädt,** Ohmstraße 5. 1060b

Tüchtigen Dirigenten
sucht älterer Arbeiter-Gesangverein für Freitag. Adressen abzugeben an **Karl Gansellen,** Kirdorf, Schöneweiderstraße 27, Hof II. 1067b

Ich habe Freitag Abend frei bekommen. **A. Miesch,** Gesanglehrer, Schlesischestr. 9. 1100b

Achtung, 1. Osterfeiertag.
Da mein Saal plötzlich zum ersten Osterfeiertag frei geworden ist, bitte ich Vereine, welche auf den Saal zu einer Theater-Vorstellung reflektiren, sich zu melden. 4447b
A. Wieczorek, Ackerstr. 144.

Margarine
kaufen Sie für **60** und **65** Pfg. à Pfund **hochfein** und **frisch** [4420b
Markthalle
Dresdenerstr., Stand 200–201, und **Planufer 90,** a. d. Kottbuser Br.
A. Bothe (Gegr. 1884.)
Versandt nach allen Stadttheilen.

Anzüge nach Maaß für Herren- u. Knaben
Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für **Paletots, Anzüge, Beinkleider** ꝛc. werden unter **Garantie des guten Sitzes zu überaus billigen Preisen** schnellstens angefertigt im Tuchgeschäft bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

Betten, Gardin., Bettwäsche, Anzüge, Remont.-Uhren, Regulator, spottbillig **Pfandleihe Neanderstr. 6.**

Arbeitsmarkt.

Zwei tücht. Gef. a. Büff. und deff. Möbel pl. in **Lichtenberg,** Wilhelmstraße 18, dicht am Bahnhof. [1089b

Stehkragen-Plätterinnen, einige sehr geübte, bei hohem, festem Wochenlohn und dauerndem Kontrakt verlangen **Fersenheim & Weinstein,** Landwehrstr. 11. 1097b

Näherinnen auf Herrenkragen, Damenkragen und Manschetten, in und außer dem Hause, verlangen **Fersenheim & Weinstein,** Berlin, 1096b Landwehrstr. 11.

Glasschleifer
verlangt 1091b
Carl Heckert Nachf., Prinzenstr. 32.

Tüchtige Monogrammpräger und Prägerinnen werden gesucht. **A. Liebmann,** Kgl. Hoflieferant, Berlin W., Friedrichstr. 74. 1093b

Kartonzuschneider,
tüchtigen, verl. 1092b
Max Riehn, Koppenstr. 60.

Fardigmacher verl. Wasserthorstr. 46.

Versilberer verlangt Wasserthorstr. 46.

Arbeiterin in u. außer dem Hause, Priesendend, verl. **Hennig,** Landsberger Allee 141. 1101b

Achtung! **Achtung!**

Genossinnen und Genossen!

Mittwoch, den 2. März 1898, abends 8 Uhr, im Saale der Aktien-Brauerei „Moabit“ (früher Ahrens), Thurmstr. 25/26:

Große Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag der Genossin Frau **Louise Zietz** aus Hamburg über: **„Die lex Heinze.“** 2. Diskussion.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

Die Vertrauensperson.

Montag, den 7. März, abends 8 Uhr, referirt Genossin **Zietz** im **Schützenhaus, Linienstr. 6,** über: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen und die Interessen der Frauen.“

Vorläufige Anzeige.

Am 28. März, abends 8 Uhr, hält **Dr. Wilh. Meyer** einen Vortrag mit vermehrten und verbesserten Lichtbildern über die Reise nach Spitzbergen. Wo Billets zu dieser Vorstellung zu haben sind, wird noch bekannt gegeben. 1/12

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Schöneberg.

Donnerstag, 3. März, abends 8 Uhr, bei Obst, Grunewaldstr. 110:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen **Jost.** 2. Wahl eines Delegirten zum Verbandstag. — Jedes Mitglied ist verpflichtet zu erscheinen. 78/12

Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt. **Die Ortsverwaltung.**

Chemigraphen.

Donnerstag, den 3. März, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Zubeil, Lindenstraße 106:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen **Sillier.** 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur Generalversammlung. 4. Vereinsangelegenheiten. 96/8

Um zahlreichen und pünktlichen Besuch bittet **Die Verwaltung.**

Achtung! # Maurer. **Achtung!**

Laut Versammlungsbeschluß vom 24. Febr. 1898 beginnt die Sammlung zum Streikfonds am 5. März, infolge dessen ist der Verkauf der von mir ausgegebenen Sammelmarken zum Generalfonds der deutschen Maurer von jetzt ab eingestellt und sind die noch vorhandenen Marken sowie Geld sofort an mich abzuliefern.

Der Vertrauensmann der Berliner Maurer lokaler Richtung

131/14 **Wilhelm Ueckert,** Calvinstr. 10.

Achtung, Zimmerer!

Den Mitgliedern des „Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend“ zur Kenntniß, daß laut Beschluß der am 25. Februar cr. stattgefundenen öffentlichen Versammlung die Lohnkommission aufgelöst ist und der Vorstand des Vereins die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse selbst übernommen hat. **Das Bureau unserer Organisation befindet sich Dragonerstr. 15. H. part.** und ist geöffnet von 8—12 und von 2—8 Uhr, wo die Aufnahmen von Mitgliedern erfolgen und die Marken und Karten zum Agitations- und Unterstützungsfonds ausgegeben werden, auch wird die Arbeitslosigkeit in der früheren Weise abgestempelt.

Ferner werden auf nachfolgenden **Zahlstellen** des Vereins Mitglieder aufgenommen und Marken zum Unterstützungsfonds ausgegeben.

1. **Osten:** Fruchtstr. 52 bei Jauer. 2. **Süden:** Belle-Alliancestr. 74 bei Kitzing. 3. **Westen und Schöneberg:** Grunewaldstr. 110 bei Obst. 4. **Wedding:** Pasewalkerstr. 3 bei Bergemann. 5. **Nordost:** Treskowstr. 21 bei Schmidt. 6. **Moabit:** Birkenstr. 24 bei Gebauer. 7. **Steglitz:** Ahornstr. 15a bei Schellhase. 8. **Pankow:** Wollank- und Görschstraßen-Ecke bei Clement. 9. **Weissensee:** Königs-Chaussee 55 bei Speckmann. 10. **Charlottenburg:** Krummestr. 41 bei Homuth. 11. **Wilmersdorf:** Berlinerstr. 40 bei Klingenberg. 12. **Zehlendorf:** Machnowerstraße 40 bei Dohrmann. 13. **Rixdorf:** Wanzlickstr. 8 bei Anders. 14. **Norden:** Brunnenstr. 150 bei Neumann. 15. **Tempelhof:** Dorfstr. 40 bei Gehrke. 16. **Friedenau:** Handjerystr. 57 bei Weinert. 17. **Gesundbrunnen:** Buttmann- und Thurneysserstraßen-Ecke bei Lehmann. 18. **Südost:** Lausitzerstraße 18 bei Groth. 257/6 **Der Vorstand.**

Fernsprecher Amt IV, 447.

Einsegnungs-Anzüge

in glatten Kammgarn-, Satin-, Diagonal- und Tuchstoffen, 1- und 2reihig. **von 12–24 M.**

M. Schulmeister, **Dresdenerstr. 4** am Kottb. Thor. **Hauptstr. 143** in Schöneberg.

Bitte genau auf die Firma zu achten!

Freie Volksbühne.

I. Abtheilung: Sonntag, den 6. März, nachm. 2½ Uhr, im Lessing-Theater: **Abu Said,** Lustspiel in 1 Akt von Dr. Oskar Blumenthal. Hierauf: **Cyprienne,** Lustspiel in 3 Aufzügen von Sardou und E. de Najac. — Die Mitglieder werden gebeten, nur die Vorstellung ihrer eigenen Abtheilung zu besuchen, um Ueberfüllung anderer Vorstellungen zu vermeiden.

II. Abtheilung: Sonntag, den **20. März,** im Lessing-Theater: Dieselbe Vorstellung.

V. Abtheilung: Sonntag, den **13. März,** im Friedrich Wilhelmstädtischen Theater: **Die lustigen Weiber von Windsor.**

Das Märzfest

des Vereins findet am **Sonnabend, den 26. März,** im Saale der **Brauerei Friedrichshain** statt. — Nur Mitglieder haben Zutritt, wenn sie sich eine blaue Marke à 50 Pf. in ihrer Zahlstelle in die Mitgliedskarte kleben lassen. Das Programm des Abends bildet ein durchweg künstlerisches Solistenkonzert unter Mitwirkung hervorragender Sänger und Sängerinnen und Pianisten. Der Tanz ist frei. Da die Nachfrage nach Marken gross ist, empfehlen wir den Mitgliedern, sich baldigst damit zu versehen. Billets gelangen nicht zur Ausgabe.

Der Vorstand. I. A.: G. Winkler, Rixdorf, Kirchhofstr. 46, II.

Nervenleidende!

Morgen, Donnerstag, 3. März, abends 8½ Uhr, spricht prakt. Naturheilkundiger **Grundmann bei Gründel, Brunnenstr. 188** erläutert an großen farbigen Lichtbildern, über die Entstehung, Heilung und Verhütung obiger Leiden. Männer und Frauen als Gäste willkommen. Eintritt 20 Pf.

Körper- u. Naturheilverein, Alexanderstr. 8. Sprechzeit 11—2, 6—8. Sonntags 11—12.

Warnung!

An Stelle des bekannten und allbewährten echten

Dr. Thompson's Seifenpulver

werden den verehrten Hausfrauen oft minderwerthige Produkte verabfolgt!

Man achte deshalb beim Einkauf auf den Namen **„Dr. Thompson“** und die Schutzmarke **„Schwan“.**

Zu haben in den meisten **Seifen-, Droguen- und Colonialwaarenhandlungen.**

Mechaniker-Kittel und blaue Köper-Anzüge gut und billigst in der Fabrik **C. Flach & Co., Köpnickerstr. 111,** Hof part.

Konkurs-Massen-Ausverkauf.

Nur noch kurze Zeit!

Die Waarenbestände der **Behrendt'schen Konkursmasse, Musikhaus H. Behrendt, Friedrichstr. 160, bestehend in Musik-Instrumenten und Musikwerken, Polyphons, Symphonions, Herophons, Manopans, Accord-Zithern, Trommeln, Trompeten, Musik-Automaten (wichtig für Restaurateure) etc. etc. werden, um schleunigst zu räumen, zu jedem annehmbaren Preise, staunend billig, täglich von 6—9 Uhr ausverkauft.**

Möbel und Polsterwaaren. Franz Tutzauer, Tischlermeister, **Berlin SW., Blücherstr. 14.** Vom 1. April 1898 ab: **N. Brunnenstrasse 152.**

9005] **Entschädigung erhalten Vereine,** Versammlungen 2c., die Wochentags (außer Sonnabends) meine Säle von 100—800 Pers. (mit Bühne) benutzen. **Franz Müller, Central-Festsäle,** Alte Jakobstr. 32 (Central-Theater). Einige Sonnabende im April noch frei.

Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:

Verkauf frisch gek. schw. pers. und finn. Fleisches.

Rindfleisch . . . . pro Pfd. von 30 Pf an,
Schweinefleisch . . „ „ 40 Pf. [4041L*

Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof

Eine Zuckerin-Tablette

zu 2 Pfennig

ist so süss, dass der Süsswerth von

1 Pfd. Zucker nur 12 Pfennig

kostet. **1 Liter Kaffee zu versüssen kostet nur 1 Pfennig.**

Man verlange ausdrücklich **„Zuckerin“**-Tabletten, deren Echtheit an der gesetzlich geschützten **gerieften** Form zu erkennen ist.

Zu haben bei:

Berlin N.

Central-Drogerie Dr. E. Kuhlmann, Friedrichstrasse 134. **G. A. Hesterberg,** Elsasserstr. 97 und Luisenstr. 39. **Aug. Schönebeck,** Zehdenikerstrasse 1. **P. Recollin,** Reinickendorferstr. 26a. **H. Boesefeld,** Reinickendorferstr. 14 und 29. **Hugo Schultz,** Müllerstr. 166a. **Werner Kapell,** Brunnenstrasse 118. **Albert Ramhold,** Prinzen Allee 18. **Albert Hasseloff,** Wriezenerstr. 30 und Biesenthalerstr. 15. **Hermann Schusdziara,** Exercierstrasse 22. **Albert Jung,** Wörtherstr. 39 und 28. **Hugo Staab,** Marienbad-Drogerie, Badstr. 45/46. **F. W. Helmholz,** Templinerstr. 7.

Berlin NW.

Hoffmann & Schinke, Thurmstr. 77. **Sally Fabian,** Drog. z. Burggrafen, Bachstr. 11. **Rudolf Fink,** Thurmstr. 10. **E. Klüber,** Stromstr. 62. **Emil Hauke,** Bandelstr. 11 und Dreysestr. 18. **Babel & Hauke,** Wilsnackerstr. 38. **Hermann Gornick,** Rathenowerstr. 79.

Berlin W.

J. C. F. Schwartze, Leipzigerstrasse 112. **Curt Winger,** Markthalle, Mauerstrasse. **W. Marzahn,** Potsdamerstr. 16. **F. L. Harnisch,** Potsdamerstr. 22. **G. Wendler,** Matthäikirchstr. 10. **A. Freitag,** Potsdamerstr. 82. **Lützow-Apotheke,** Lützow-Platz. **Eugen Gowin,** Linkstr. 37.

Berlin SW.

Heinrich Rottmann, Blücherstr. 15. **Paul Löschen,** Fürbringerstr. 18. **W. Richter,** Halleschestr. 15. **H. Dölle Nachf.,** Kommandantenstr. 39.

Berlin S.

Hugo Wolter, Kottbuserdamm 42. **O. Knauth,** Kommandantenstr. 30. **W. Ebel,** Prinzenstr. 6 u. Gitschinerstrasse 58. **R. Seebe,** Alte Jakobstr. 71. **Albert Gehrke,** Bärwaldstr. 53.

Berlin SO.

J. Schulze. Lausitzerstr. 5/6. **A. Peglow,** Reichenbergerstr. 53, Reichenbergerstr. 1, Kottbuserstr. 4a und Görlitzerstr. 66. **Gustav Wittig,** Pücklerstr. 41 und Eisenbahnstr. 41/42. **A. Wegener,** Muskauerstr. 13. **Theodor Lott,** Manteuffelstr. 119.

Berlin O.

Adolf Wolff, Holzmarktstr. 68. **Theater-Drogerie,** Wallnertheaterstr. 18. **F. Kornstädt,** Blumenstr. 14. **H. Schmidt,** Andreasstr. 77b.

Berlin C.

Fr. Schulz, Alte Leipzigerstrasse 16. **R. Sauer,** Kaiser Wilhelmstr. 47.

Charlottenburg.

Ad. Schädler, Pestalozzistr. 10. **E. Zimmerling,** Kantstrasse 150a.

Gr. Lichterfelde.

H. Kuhnert, Drakestrasse 56a und Dahlemerstrasse 77. **E. L. Grothe,** Jungfernstieg 4.

Reinickendorf.

G. Sonnenstuhl, Provinzstr. 105.

Pankow.

Hugo Lautenbach, Wollankstrasse 135. **Gebr. Hartung,** Breitestr. 16.

Rummelsburg.

Reinhold Passeck, Goethestrasse 45. **Hermann Kalisch,** Türrschmidtstr. 1.

Spandau: **Otto Nowack.**

Proben und Preislisten portofrei.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag

Versand-Abteilung Berlin W., Leipzigerstr. 132/33.

Damen-Hausschuhe 2,70 Mk.
Damen-Halbschuhe, Rossleder 3,15 u. 5,90 Mk.
Damen-Zugstiefel, satiniert. Kalbleder 6,80 Mk.

Damen-Knopfstiefel, Wildrossleder 7,50 Mk.
Damen-Schnürstiefel, genarbt. Kalbleder 8,25 Mk.
Damen-Knopfstiefel, satiniert. Kalbleder 9,75 Mk.

Knaben-Garderobe

	für ca. 2–3	3–4	4–5	5–6	6–7	7–8	8–9 Jahre
Blusen-Anzüge, farbiger Stoff	3,40	3,65	3,90	4,15	4,40	4,65	4,90 Mk.
Blusen-Anzüge, dunkelblauer Cheviot mit Ueberkragen u. Latz	5,50	6,—	6,50	7,—	7,50	8,—	8,50 Mk.
Jacken-Anzüge, dunkelblauer Cheviot mit Ueberkragen und Latz	8,—	8,50	9,—	9,50	10,—	10,50	11,— Mk.
	10,75	11,50	12,25	13,—	13,75	14,50	15,25 Mk.
Pyjacks, dunkelblauer Cheviot, gefüttert, mit Ueberkragen	4,25	4,75	5,25	5,75	6,25	6,75	7,25 Mk.

	für ca. 8–9	9–10	10–11	11–12 Jahre
Schul-Anzüge, Joppenform, Loden, gefüttert	9,25	10,25	11,25	12,25 Mk.

Warenhaus A. Wertheim

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.